

# Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung  
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt  
von  
Tristan Abromeit

Dezember 2007

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 56.14

(1+8+20+4 Seiten)

Freiwirtschaftsbund

Die Indexwährung im Marshall-Plan  
Mai 1948

Die neue soziale Ordnung  
Zweite Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes  
zur Wirtschaftlichen Neuordnung  
Oktober 1948

Vier Protokolltitel:

Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft / Das Programm der Freiheit /  
Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft / Was müssen wir für die freie Welt tun?

# Die Indexwährung im Marshall-Plan

---

## The Index Standard System within the Marshall Plan (ERP)

---

EINE DENKSCHRIFT

A MEMORANDUM

Ma i 1948

May 1948

Der Bundesvorstand des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes überreicht die vorliegende Denkschrift dem Präsidenten und dem Außenminister der USA., den Herren Harry S. Truman und G. C. Marshall mit der Bitte um Kenntnisnahme und Prüfung, damit die Vorschläge bei der Durchführung des Europa-Wiederaufbau-Programms (European-Recovery-Program) berücksichtigt werden können.

Ferner geben wir die Denkschrift den Regierungen der am Marshall-Plan beteiligten europäischen Staaten bekannt.

Schließlich senden wir Abdrucke der Denkschrift an die Herren Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen in Deutschland und der Länder Bayern, Württemberg-Baden, Hessen und Bremen.

Wir halten es für unsere Pflicht, diese Denkschrift zu überreichen als einen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau des durch den Krieg und seine Folgen zerrütteten Europas.

The executive committee of the politically independent „Freiwirtschaftsbund“ submits this memorandum to the President of the United States of America, the Honorable Harry S. Truman, and to the Secretary of State, General George C. Marshall, for perusal and examination, so that the suggestions made therein may be taken into consideration when carrying out the European Recovery Program.

Furthermore we will forward this memorandum to the governments of those European countries, that participate in the Marshall Plan.

Finally copies of this memorandum will be forwarded to the Military Governors of the three Western Zones of Occupation of Germany and of the Länder Bavaria, Wurtemberg-Baden, Hesse and Bremen.

We consider it our duty to submit this memorandum as a contribution to the economic rehabilitation of a European Continent disorganized by the war and its consequences.

---

### FREIWIRTSCHAFTSBUND

Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft

DER BUNDESVORSTAND

Geschäftsstelle: (44a) Ludwigsburg-Eglosheim in Württemberg, Hahnenstraße 17, Fernruf 3533 und 4332  
Postscheckkonto Stuttgart 9907 · Girokonto 110 bei der Kreissparkasse Ludwigsburg

leer

**DIE INDEKWÄHRUNG**  
als einheitliches Währungssystem  
für alle in den Marshall-Plan einbezogenen  
Nationen

I.

**Der Marshall-Plan**

Die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen in den beiden Weltkriegen lähmte die europäische Wirtschaft so weitgehend, daß eine Erholung aus eigener Kraft zweifelhaft erschien. Die Rede des Außenministers der Vereinigten Staaten von Amerika am 5. Juni 1947 wurde daher in den meisten Ländern begrüßt als ein rettender Ausweg aus Hunger, Verzweiflung und Chaos. Er erklärte, daß, unter der Voraussetzung eines geschlossenen Aufbauwillens der beteiligten Nationen, die USA gewillt seien, eine festgefügte, nach Art einer Körperschaft organisch gebildete und geleitete europäische Wirtschaft mit großen Mitteln zu unterstützen, und als zusammengefaßtes Ergebnis seiner Rede darf die Errichtung einer Zollunion mit einheitlicher Währungsverfassung angesehen werden. Der überwiegende Teil der europäischen Staaten leistete diesem Aufruf Folge, und die USA scheinen nach der ergebnislosen Vertagung der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 bereit, den Marshallplan mit Europa durchzuführen.

II.

**Die Goldwährung und ihre Folgen**

Die älteren Währungstheoretiker vertraten einheitlich den Standpunkt, daß das Geld nicht um seiner Eigenschaft als Tauschmittel für Waren und Dienste, sondern um seiner selbst willen begehrt würde. Als notwendige Folge ergibt sich dann, daß der Geldstoff „vollwertig“ sein muß, oder daß zumindest das Währungsmetall als „Deckung“ für die umlaufenden papierernen Zahlungsmittel bereit zu halten ist.

Diese grundlegende Auffassung ist in der echten, klassischen Goldumlaufwährung klar erkennbar und konsequent durchgeführt. In ihr gab es nur eine rechtliche Kategorie, nur eine alleinige Maßeinheit, nämlich das Gold. Gold allein war definitives, valutarisches Zahlungsmittel; alle außer den Goldmünzen umlaufenden papierernen oder metallenen Geldzeichen waren nur „akzessorisches“, nebensächliches Geld und nicht gesetzliches, schuldentilgendes Zahlungsmittel, und nur in den Gewichtsteilen des Goldes wurden die Warenpreise festgelegt. Papiergeldpreise für Waren gab es in der Goldumlaufwährung nirgends. Das Gold konnte auch daher keine echte Ware sein und keinen wirklichen Preis haben, denn in keinem Maßsystem ist es möglich, die Einheit durch sich selbst zu messen. Auf diese absolut einheitlich definierte Basis und die von allen Nationen freiwillig aufgenommene und ohne internationale Sicherungen innegehaltene Verpflichtung zur Einlösung in Gold, zum Ankauf und Verkauf von Gold zu einem festen Preis des Papiergeldes, gründete sich der berühmte Automatismus der Goldbewegungen, der prinzipiell durchaus gewollt war und den gesinnungsmäßigen Voraussetzungen der Zeit entsprach. Er hat bewirkt, daß eine ungleiche Goldverteilung

**THE INDEX STANDARD**  
as a uniform monetary system for the nations  
participating in the Marshall-Plan (ERP.)

I.

**The Marshall-Plan**

The overthrow of the economic foundations, caused by the destructions of two world wars, resulted in such a portentous paralysation of Europe's economy, that a recovery of its own efforts seemed doubtful. The speech of the Secretary of State of the United States of America of June 5, 1947 therefore was hailed by the majority of nations for offering suggestions to a way out of hunger, desperation and chaos. He stated that — provided there is an unanimous will towards rehabilitation among the nations concerned — the United States are willing to support with substantial means a solid European economic system, which organically was formed and is directed according to corporative principles. And we may assume that the aim of his speech was the erection of a customs-union with a uniform monetary system. The overwhelming majority of the European nations responded to this call and after the fruitless adjournment of the Foreign Minister's Conference in London in December 1947 the USA seem to be ready to proceed with the Marshall Plan in Europe.

II.

**The Gold Standard and its Effects**

The earlier currency theorists unanimously supported the view that money was not in demand because of its character as a means for the exchange of goods and services, but because of its material value. The natural consequence then would be, that the circulating money had to be full value currency (current money) or that at least the standard metal had to be kept in reserve as a cover for the circulating notes. This fundamental conception was clearly expressed and logically applied in the true and classical Gold Currency Standard. There was only one type of legal tender, only one monetary unit, viz. gold. Gold alone was the acknowledged and valued legal tender. All types of paper money or coins circulating besides gold coins, were only „accessory“ means of payment, i. e. secondary money and no legal tender with which debts could be met, and commodity prices were fixed only in fractions of the weight of gold. There existed no paper money prices for goods in the Gold Currency Standard. Therefore gold could not be a commodity in itself, nor could it have a real price as there is no measuring system in which the unit can be measured by itself. Based upon this absolutely uniform definition and upon the obligation to pay off in gold and to buy and sell gold at a fixed paper money price — an obligation which the nations took upon themselves by their own will and which they observed without asking international guarantees — was the well-known automatism of gold flows, which as a matter of fact was meant to be and which matched the ideological attitude of that period. The consequences were that an unequal distribution of gold of considerable bearing

von ausschlaggebender Bedeutung über längere Zeiträume hinweg trotz aller Querschüsse der Wirtschaftler sich nicht halten konnte. Goldbewegungen riefen automatisch Kräfte hervor, durch die sie selbst zum Erliegen kamen.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde in den sogenannten Goldkern- bzw. Golddevisenwährungen, die keine Goldmünzen im Umlauf mehr kannten, diese einheitliche Grundlage verlassen. Es wurde außer der alleinigen „aufdrängbaren“ Zahlungsmittelseinheit Gold noch eine zweite definitive rechtliche Kategorie eingeführt, nämlich die in den einzelnen Staaten jeweils umlaufende papierene Geldeinheit.

Diese Maßnahme entsprach im letzten Grunde der aus den Tiefen vieler Völker heraufgestiegenen neuen politischen Gesamthaltung. Hierdurch aber wurde der Automatismus der Goldbewegungen aufgehoben. Gold war eben nicht mehr alleinige Maßeinheit, und durch die gleichberechtigte Einsetzung des landeseigenen papierenen Zahlungsmittels konnten zweierlei Arten von Warenpreisen entstehen: Goldpreise und Papiergeldpreise. Auf diese Weise wurde das Gold zu einer echten Ware mit einem wirklichen Preis. Nun wurden die vielerörterten, durch reine Marktkonstellationen oder andere außerwirtschaftliche Motive verursachten großen Goldwanderungen von Land zu Land möglich, und es kam zu den verhängnisvollen Anhäufungen monetärer Weltgoldbestände in einzelnen Ländern. Auch heute noch sind einige Wirtschaftseinheiten im Besitz eines unverhältnismäßig großen Anteils am gesamten monetären Weltgoldvorrat.

Wenn auch die klassische Goldumlaufwährung in ihren Grundlagen bedeutend konsequenter erscheint als ihre zwiespältigen Nachfolgerinnen, die — so könnte man sagen — schon halbe Papierwährungen waren, so gilt doch für beide Arten, daß in ihnen der Gesichtspunkt maßgebend war, die Notenemission habe sich innerhalb der Grenzen der gesetzlich festgelegten Deckung zu bewegen. Dieser Gesichtspunkt kann sinngemäß und zwangsläufig in keiner metallgedeckten Währung, welcher Art sie auch sein möge, aufgegeben werden. Damit aber entsteht nach einer längeren Periode aufsteigender Konjunktur mit reichlicher Warenerzeugung immer ein Mißverhältnis zwischen Warenmenge und Geldvolumen mit der entsprechenden Auswirkung auf die Preisgestaltung, und es ist daher in einer metallgedeckten Währung unmöglich, eine gleichbleibende Kaufkraft des Geldes über längere Zeiträume hinaus aufrechtzuerhalten. Es ist aber für die dauernde Existenzsicherung der weitaus meisten Bürger eines Staates von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Kaufkraft des gesetzlichen Zahlungsmittels stabil bleibt. Hierdurch wird ein gleichbleibender allgemeiner Durchschnittspreisstand entwickelt, der für einen stetigen und krisenfreien Wirtschaftsverlauf, und damit für die Wohlfahrt aller von der Preisbildung abhängigen Staatsbürger — und das ist nahezu die Gesamtheit der Angehörigen einer Nation — von höchster Wichtigkeit ist. Daher ist die erste und vornehmste Forderung, welche an ein modernes Währungssystem zu stellen ist, die, daß es die Möglichkeit biete, einen solchen gleichbleibenden Durchschnittspreisstand zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

could not be maintained for long periods in spite of the economists' plotting. The gold flows thus automatically created forces by which they were brought to collapse.

After the first World War this uniform foundation was abandoned in favor of the Gold Bullion and Gold Exchange Standard Currencies, where gold coins are not circulating. A second category of legal tender was introduced besides the one „obtrusionable“ means of payment — gold —, i. e. the paper money units circulating in the different countries.

These measures actually corresponded with the new political attitude coming from the bottom of the mentality of many nations. This, however, did away with the automatism of the gold flows. Gold ceased to be the only measure and by the simultaneous use of gold and national paper money two types of commodity prices came into existence: gold prices and paper money prices. Thus gold became a true commodity with a real price. This made possible the much discussed shiftings of gold from one country to another, which were merely caused by certain constellations on the market or non-economic motives and which resulted in the disastrous hoarding of international gold stocks in some countries. Even today some economic units are in possession of an excessive proportion of the total gold stock of the world.

Though the Gold Standard in its principles seems more logic than its two hybrid successors, which — as one may say — already represented a semi-paper standard, it goes for both types, that according to their teaching the issue of banknotes had to be kept within the limits of the legally decreed cover. Logically and necessarily this view cannot be abandoned in any metallic currency of whichever type it may be. Thus, after a long boom-period with profuse production of goods, rise will be given to discrepancies between the quantity of goods and the volume of circulating money causing the corresponding effects upon price tendencies, making it impossible for a metallic system to maintain a continuous purchasing power of the money through a long space of time. It is, however, of vital importance for the existence of the greater part of a country's citizens that the purchasing power of the legal tender be kept stable. Thus an invariable and permanent average price level will develop, which is of the utmost importance for continuous economic activities and freedom from crisis and therefore for the welfare of all citizens depending from the development of prices — which means almost the whole masses of a country's population. The foremost and greatest demand which therefore must be put to a modern monetary system is, that it should be able to form and maintain such an invariable average level of prices.

### III.

#### Die Indexwährung

Dieser Grundforderung entspricht unter den gegenwärtig bekannten Währungssystemen allein die Indexwährung.

Die Indexwährung ist von jeder metallenen Grundlage losgelöst. Wie die Erfahrung hundertfältig gelehrt hat, besitzt eine metallene Deckung für die Sicherung der Kaufkraftbeständigkeit einer Währung keinerlei Bedeutung. Alle Deckungsvorschriften wurden sogar in außerordentlichen Gefahrenzeiten, in denen es auf ihre Bewährung in erster Linie angekommen wäre, regelmäßig außer Kraft gesetzt. Man denke an die diesbezüglichen Anordnungen in Deutschland in den ersten Augusttagen des Jahres 1914. Außerdem wird seit etwa 50 Jahren durch die bedeutendsten Fachwissenschaftler gelehrt, daß der Stoff des Geldes bedeutungslos sei, daß das Geld vielmehr seinen Charakter als Zahlungsmittel lediglich empfangen durch die vom Staate aufgeprägte Ziffer und durch die Finanzgebarung und Autorität dieses Staates. Dieser Auffassung schlossen sich maßgebende moderne Wirtschaftsführer aller Kulturstaaten an. Die einzige bedeutungsvolle und ihre Kaufkraft sichernde Deckung einer Währung liegt nach den Erkenntnissen der Gegenwart in dem Ausmaß der in einer Wirtschaftseinheit hergestellten und angebotenen Warenmenge, in letzter Linie also in der von den Bürgern einer Nation geleisteten produktiven Arbeit. Eine metallene Grundlage ist in keiner Weise erforderlich.

Um eine Kaufkraftbeständigkeit herzustellen, muß die in einer wirtschaftlichen Einheit umlaufende Geldmenge in entsprechende Beziehung gebracht werden zu der in ihr angebotenen Warenmenge. Solange das Verhältnis der angebotenen Warenmenge zu dem im Umlauf befindlichen Gelde dasselbe bleibt, wird dann der allgemeine Preisstand sich nicht verändern, und erst eine Vermehrung der angebotenen Warenmenge bei gleichbleibendem Geldumlaufvolumen wird eine Kaufkraftsteigerung des Geldes und damit ein Fallen der Preise nach sich ziehen. Umgekehrt wird bei konstantem Warenangebot eine Vergrößerung der Geldmenge eine Kaufkraftminderung, also eine Steigerung der Preise verursachen. Die schnelle und ungehinderte, durch keine Rücksicht auf metallbedingte Deckungsvorschriften beeinflusste Anpassungsmöglichkeit des Geldvolumens an das Volumen der angebotenen Waren ist aber allein durch die Indexwährung, dank ihrem Charakter als reiner Papierwährung, möglich. Die schnelle Ermittlung aller Inlandspreise bietet heute für die hochentwickelte Statistik keine Schwierigkeiten mehr, und es lassen sich gegen die Ausgestaltung einer für Währungszwecke berechneten Währungskennziffer auf Grund der Kennziffern für die Bewegung der Großhandelspreise keine wissenschaftlich haltbaren Einwendungen erheben.

### IV.

#### Sicherung der Indexwährung

Die Möglichkeit der Aufrechterhaltung eines stabilen Gesamtpreisstandes und damit die Möglichkeit der Durchführung einer krisenfreien Wirt-

### III.

#### The Index System

Of all the present monetary systems only the Index (Isometric) Standard answers this basic demand. The Index Standard is free from any metal basis. Hundreds of times experience proved that it is of no importance whatsoever in the protection of the stability of a monetary system's purchasing power. As a rule all regulations concerning the currency cover were revoked in times of extreme danger, when they should have stood their test. One should recall the arrangements which were made to that effect in Germany during the first days of August 1914. Besides that, famous experts for the last 50 years have taught that the material of which the money is made is of no importance and that money obtains its character as a means of payment only through the government's coining figures upon it and through the latter's conduct of financial affairs and its authority. Leading modern economists of all civilized nations joined this view. The only significant cover of a monetary system stabilizing its purchasing power is — according to modern conceptions — the total bulk of commodities produced and offered, i. e. the productive labor performed by a nation's members. A metal basis is in no way necessary.

In order to bring about the stability of the purchasing power it becomes necessary to bring the quantity of money circulating in the economic unit into a corresponding relation to the bulk of commodities offered. As long as the relation between the offered quantities of goods and the volume of the circulating money remains constant there will be no change of the general price level and only an increase of the offered goods with unchanged money volume will cause an increase of the purchasing power and at the same time a downward trend of prices. Vice versa, an increase of the money volume without a change in the quantities of goods offered will result in a decrease of the purchasing power, i. e. an upward trend of prices. The possibility to adapt the volume of money quickly and freely to the quantity of the goods offered, unhampered by considerations to regulations concerning the metallic cover, is only given by the Index Standard thanks to its character of a pure paper standard. The quick valuation of domestic prices does no longer offer any difficulties to the highly developed statistical methods and there are no scientifically plausible objections to the forming of an index number for the currency, calculated on the oscillations of indexes of wholesale goods transactions.

### IV.

#### Protection of the Index System

The stabilization of a general price level and the possibility to guide a crisis-proof economy through long spaces of time is even in present-day scien-

schaft über längere Zeiträume hinaus wird aber auch heute noch in der wissenschaftlichen Literatur als ein schwer lösbares Problem angesehen. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, daß es bei dieser Stabilhaltung nicht ankommt auf die Menge des überhaupt vorhandenen, sondern auf die Menge des umlaufenden Geldes und darauf, daß das Tempo dieses Umlaufs nicht beliebig gesteigert oder (durch Zurückhaltung) verlangsamt wird. Eine gleichmäßige Umlaufgeschwindigkeit stellt also eine notwendige Bedingung für die dauernd erfolgreiche Handhabung der Indexwährung dar. Gegenwärtig wird sie in der Hauptsache erreicht durch die Anwendung einer rationellen Diskontpolitik, und das Beispiel Schwedens, das 1931 in einer wirtschaftlich durchaus ungünstigen Lage die Indexwährung einführt, zeigt, daß sich diese Methode bewährt hat. Der schwedische Preisstand blieb annähernd stabil, und die wirtschaftliche Lage des Landes entwickelte sich sehr befriedigend. Es müßte die Erfahrung lehren, ob und wann — verursacht etwa durch die Bevölkerungsbewegung oder den Stand der Technik — noch weitere finanztechnische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der dynamischen Tauschäquivalenz zwischen Waren und Geld erforderlich würden. Ein wirksames Mittel zur Umlaufsicherung des Geldes bei der Indexwährungspolitik stellt zweifellos der von dem erfolgreichen deutschen Kaufmann Silvio Gesell vorgeschlagene Umlaufzwang des Geldes dar, für dessen Verwirklichung verschiedene technische Vorschläge vorliegen, die zeitweise in Deutschland, Oesterreich und in den USA schon lokal erprobt worden sind. Dieser Umlaufzwang des Geldes müßte spätestens dann eingeschaltet werden, wenn die quantitative Angleichung der Geldmenge an die angebotene Warenmenge allein nicht mehr ausreicht, um das Ziel dieser Politik, die Vollbeschäftigung und Krisenfestigkeit der Wirtschaft, auf die Dauer zu sichern.

Dieser Vorschlag Silvio Gesells hat den Beifall bedeutender moderner Wirtschaftswissenschaftler wie John Maynard Keynes, England, und Irving Fisher, USA, gefunden. Seine Verwirklichung würde es erheblich erleichtern, eine gleichmäßige Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu sichern; außerdem würde dadurch dem „Hang zur Liquidität“ — wie Keynes die Unlust zur Neuinvestierung umschreibt — wirksam begegnet. Dieser für die Gesamtwirtschaft verhängnisvolle „Hang zur Liquidität“ befällt die Kapitalanleger regelmäßig dann, wenn ihnen die Rendite für das Sachkapital oder — um wieder mit Keynes zu reden — die „langfristige Erwartung“ als zu gering erscheint. Wenn die Kapitalanlagen diesem „Hang zur Liquidität“ folgen, dann führt dies, wie die Erfahrung vielfach gelehrt hat, z. B. 1929 in den USA, mit Sicherheit in eine Wirtschaftskrise. Wir schlagen aus diesen zwingenden Gründen vor, in dem Währungssystem der Marshallplan-Staaten den Umlaufzwang des Geldes in der Weise gesetzlich zu verankern, daß er dann einzuführen ist, wenn mit den bisher angewandten Mitteln die Indexwährung mit Vollbeschäftigung nicht mehr gesichert erscheint.

tific literature looked upon as a very delicate problem. The reason for this attitude lays in the fact that for keeping up the stability the total amount of money available is of no importance. That which matters is the amount of circulating money and the fact that the circulation can not be accelerated or retarded (by hoarding) arbitrarily. A uniform velocity of circulation therefore is a fundamental condition for a permanently successful application of the Index System. At present this is achieved by the application of a sound rediscount policy and Sweden's example, which in 1931 during a very unfavorable economic situation introduced the Index Standard, shows that for years this method has turned out well. The level of prices in Sweden remained almost unchanged and the economic situation of the country shows a satisfactory development. It should be learned by experience, if and when further financial steps ought to be taken in order to maintain the dynamic exchange equivalent between goods and money — as for instance in consequence of migrations or technical developments. An effective means to safeguard the circulation of money in Index Standard policy is without doubt the compulsory circulation as suggested by the successful German merchant Silvio Gesell. There are several practical suggestions how to realize this compulsory circulation, which already have been tried out locally at times in Germany, Austria and the US. This compulsory circulation of money should be enforced at the latest when the quantitative adjustment between the money volume and the offered goods is no longer sufficient to secure permanently the aim of this policy, viz.: full employment and a crisis-proof economy.

This suggestion of Silvio Gesell met with the approval of important modern economists, such as John Maynard Keynes of England and Irving Fisher of the USA. Its realization would make it much easier to warrant an invariable velocity of the money's circulation. Moreover this measure would effectively obviate the „liquidity preference“ as Mr. Keynes calls the disinclination to make new investments. The „liquidity-preference“, which is so disastrous to the whole economic system, usually befalls the investors as soon as the yield of invested assets or — to join Mr. Keynes again — the long term expectation seems to be too small.

If capital investments follow this „liquidity-preference“ they lead with certainty to an economic crisis, as experience repeatedly showed, for instance in the US in 1929. For these cogent reasons we suggest to introduce the compulsory circulation of money in the monetary system of the E.R.P. by law and in such a way that it will be introduced as soon as the Index Standard and full employment no longer seem to be safeguarded by the means which were hitherto employed.



### Indexwährung und Auenhandel

Weiterhin wird gegen die Indexwährung mit groser Zahigkeit der Einwand erhoben, eine auf den Durchschnittspreis aller Inlandswaren abgestellte Papierwährung ließe sich nur als Landesgeld, nicht aber zum Tausch mit dem Ausland gebrauchen. Diese Behauptung besteht durchaus zu Unrecht. Für die Bewertung eines Landesgeldes durch das Ausland spielt die öffentliche Finanzgebarung des betreffenden Staates, seine Handelsbeziehungen, seine Zahlungsverpflichtungen, die ganze Beschaffenheit seiner Zahlungsbilanz, seine ganze allgemeine Politik eine Rolle. In erster Linie aber gründet sie sich auf die heimische Kaufkraft. Solange diese eine bestimmte Ebene aufrechterhält, wird die Valuta auch an auswärtigen Märkten ihren entsprechenden Preis behaupten. Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Professor Gustaf Cassel hat diese Frage genau untersucht und dafür das Gesetz der „Kaufkraftparität“ aufgestellt, das in der modernen Wissenschaft allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Die Richtigkeit dieses Gesetzes haben die Währungen einer Reihe von Staaten bewiesen (England, Japan u. a.), die jahrelang vor dem Kriege vom Golde gelöst und nach den oben skizzierten Grundsätzen verwaltet wurden. Die betreffenden Länder trieben Außenhandel, ohne daß ihre Valuten von der Kaufkraftparität abgewichen wären, und dabei wurden diese Währungen nicht einmal exakt nach einem festen Preisindex formal verwaltet. Von einer Erschwerung oder gar der Unmöglichkeit des Außenhandels durch eine gesicherte Indexwährung kann also keine Rede sein. Es erscheint uns wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß der Erfolg der Marshall-Hilfe recht beträchtlich gesteigert würde, wenn die beteiligten Länder

1. die gesicherte Indexwährung einführten;
2. die Wechselkurse der einzelnen Währungen untereinander frei blieben, sich aber nach den Kaufkraftparitäten ausrichteten; und
3. die beteiligten Länder untereinander und für ihre Handelsbeziehungen zu allen Staaten der Welt den Freihandel verkündeten.

## VI.

### Indexwährung und Weltgoldbestande

Aus dem oben Gesagten dürfte hervorgehen, daß die Indexwährung dem bisher verwirklichten Währungssystem der Gegenwart, welche Ausprägung es auch haben möge, überlegen ist. Im Falle der hier in Betracht kommenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft käme noch die Ueberlegung hinzu, daß alle in Frage stehenden Länder keine Goldproduzenten sind, die monetären Goldvorrate der meisten aber, infolge des skizzierten Charakters der Goldkernwahrungen zum größten Teil in andere Wirtschaftsgebiete abgeflossen sind. Sie müßten also bei Einführung einer deckungspflichtigen Goldwährung die notwendige Goldreserve von goldbesitzenden Ländern durch irgendwelche Leistungen kaufen oder auf dem Wege einer zu verzinsenden Anleihe erwerben. Es braucht nicht

### Index Standard and Foreign Trade

With considerable tenacity objections have been raised against the Index Standard to the effect that a paper standard based upon the average price of all domestic commodities can only be used as inland money, but not for the exchange with foreign countries. This statement is absolutely unjustified. For the valuation of a nation's money by other nations the following factors are of importance: the conduct of public financing, the country's commercial relations, its liabilities, the structure of its national balance and its general policy. But in the first line it is based on the national purchasing power. As long as this remains on a certain level the money will have its corresponding value on foreign markets, too. The famous Swedish economist, Professor Gustaf Cassel, studied this problem in detail and found the law of „purchasing power parity“, which has been generally recognized in modern science.

The correctness of this law has been proved by the monetary systems of a number of countries (England, Japan etc.), which for years before the war had abandoned the gold standard and were administered according to the principles outlined above. These countries were engaged in foreign trade, partly to a very extensive and increasing measure, with no deviations of their money from the purchasing power parity. In addition these systems were not administered according to formally fixed price indexes. Consequently there is no question of a hindrance or impossibility of foreign trade through a secure Index Standard. We deem it important to point out here that the result of the Marshall Aid would be considerably improved if the partners would

1. introduce a safeguarded Index System.
2. keep the rates of exchange of the different monetary systems free in their relations to each other, but adjust them according to the purchasing power parity, and
3. proclaim free trade among each other and their trade connections with all nations of the world.

## VI.

### Index Standard and World Gold Stocks

It may be taken from what is said above that the Index Standard is superior to the present monetary systems, in whatever form they may be found. In the case of the European economic commonwealth, which enters into discussion here, the consideration must be given attention that none of the partners produce gold and that the gold stocks of most of them have flown into other territories, owing to the nature of the Gold Bullion Standard as outlined above. If a gold demanding standard would be introduced, they would be forced to buy the necessary gold reserves from gold holding countries by various services or they would have to acquire them by interest-bearing loans. It need not be further explained that in this case gold-less countries would become more or less dependent



näher ausgeführt zu werden, daß dadurch die goldlosen Länder von vornherein in eine mehr oder weniger große Abhängigkeit von den goldbesitzenden geraten müßten. Zudem lehrt alle Erfahrung, sowie die heute vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, daß bei einer Rückkehr zu einer metallgedeckten Währung der verhängnisvolle und zerstörerische Konjunkturzyklus ohne Ende von neuem beginnen würde. Sollte aus irgendwelchen Gründen für die Durchführung des Marshall-Planes ein Goldwährungssystem für die beteiligten Staaten als unerläßlich angesehen werden, so können die schweren Gefahren einer solchen Regelung nur dann vermieden werden, wenn man auf den „kompensierten Dollarplan“ Irving Fishers (dargestellt in Irving Fisher: „Stabilizing the Dollar“, New York 1920, McMillan Co.) zurückgreift, der vorsieht, im Falle von eintretenden Preisschwankungen den Goldgehalt der Währungseinheit fortlaufend entsprechend zu ändern. Dieser Plan bildete die Grundlage für das von Präsident Roosevelt am 15. Januar 1934 vom Kongreß verlangte „Goldrücklagegesetz“, das am 31. Januar 1934 unterzeichnet wurde. Wenn schon geglaubt wird, man könne auf die Goldwährung nicht verzichten, dann besteht nur in einem veränderlichen Goldgehalt der Währungseinheit die Möglichkeit, einen festen durchschnittlichen Preisstand, die Voraussetzung einer krisenfesten Wirtschaft, zu schaffen. Dieses Verfahren fügt sich auch ohne Schwierigkeiten in das Abkommen von Bretton Woods ein, es ist aber umständlicher und komplizierter in der Durchführung als das der oben skizzierten Indexwährung.

Die verantwortlichen Leiter der zu bildenden Wirtschaftsgemeinschaft sollten daher die Einführung der Indexwährung ernsthaft ins Auge fassen und fordern, um eine Gesundung der notleidenden nationalen Wirtschaften einzuleiten und ihren reibungslosen Zusammenklang in einer freien Weltwirtschaft herbeizuführen. Hierin besteht eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entwicklung zu allgemeinem Wohlstand und gesichertem Frieden.

from countries holding gold reserves. Moreover, experience and modern scientific understanding have taught that the return to a monetary system with metal cover would result in the ever-returning disastrous and destructive tide-and-turn-cycle. If for any reason a Gold Standard System should be considered indispensable for the countries carrying out the ERP., the grave dangers of such a provision can only be avoided by applying the „compensated dollar plan“ of Irving Fisher (as described by Irving Fisher in „Stabilizing the Dollar“, New York, 1920, McMillan Co.), who wishes to change continually the percentage of gold of the monetary unit in correspondence with price fluctuations, if such should occur. This plan was the basis of the „Gold Reserve Bill“ demanded by President Roosevelt before Congress on January 15, 1934 and signed on January 31, 1934. If the Gold Standard is thought indispensable the only chance of creating a stable average price level, the first condition for a crisis-proof economy, would be the variable percentage of gold in the monetary unit. This method would also agree — without any difficulties — with the Bretton Woods agreements, but it would be more troublesome and complicated than the Index Standard outlined above.

The responsible leaders of the future economic confederacy should therefore consider and demand the introduction of the Index Standard, in order to start the rehabilitation of the suffering national economic systems and lead them to perfect harmony within a free world economy. This must be considered an essential condition for a lasting development towards general welfare and guaranteed peace.

# DIE NEUE SOZIALE ORDNUNG

Aktive Währungs- und Wirtschaftspolitik - Vollständige Beseitigung der Zwangswirtschaft  
Gerechter Lastenausgleich mit Liquidierung der Vergangenheit - Finanzreform mit radikalem  
Steuerabbau - Überwindung der Wohnungsnot - Einleitung einer Bodenrechtsreform  
Freihandel

## ZWEITE DENKSCHRIFT DES FREIWIRTSCHAFTSBUNDES ZUR WIRTSCHAFTLICHEN NEUORDNUNG

*Oktober 1948*

---

Die vorliegende Denkschrift wurde im Oktober 1948 vom Bundesvorstand des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes (Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft) an folgende Behörden, Ämter, Organisationen, Damen und Herren zugestellt:

Militärgouverneure der vier Besatzungszonen;  
Regierungen (Ministerpräsidenten und Minister) aller deutschen Länder;  
Abgeordnete aller deutschen Länderparlamente;  
Alliierte Bankenkommision; Bank der deutschen Länder; Landeszentralbanken;  
Verwaltung für Wirtschaft; Wirtschaftsrat;  
Industrie- und Handelskammern; Handwerkskammern;  
Gewerkschaften; Parteien;  
sowie viele führende Frauen und Männer des öffentlichen Lebens.

Die vorgenannten Personen, Behörden, Ämter und Organisationen, die unmittelbar oder mittelbar an der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung Deutschlands beteiligt oder interessiert sind, erhalten bei Bedarf weitere Abdrucke der Denkschrift. Der Freiwirtschaftsbund erwartet und begrüßt eine Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Denkschrift. Vertreter des Bundes stehen zu einer Aussprache über ihre Durchführung zur Verfügung.

---

### FREIWIRTSCHAFTSBUND

Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft

DER BUNDESVORSTAND

(17a) Heidelberg-Ziegelhausen, Hauptstraße 6. Fernruf 3081

Postscheckkonto Stuttgart 9907 / Girokonto 110 bei der Kreissparkasse Ludwigsburg

## A.

## VORBEMERKUNG

Die vorliegende Denkschrift fordert die auf der Titelseite genannten Behörden, Ämter, Organisationen und Einzelpersonen auf, in eine sofortige Aussprache über die Vorschläge zu einer neuen sozialen Ordnung in Deutschland einzutreten. Mit der Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948 und mit den sie begleitenden Gesetzen ist gleichzeitig den deutschen Stellen der Auftrag erteilt worden, bis Ende des Jahres 1948 die erforderlichen Gesetze zur sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung Deutschlands zu erlassen, insbesondere einen Lastenausgleich durchzuführen. Die zukünftige wirtschaftliche und soziale Struktur Deutschlands wird also wesentlich von den Maßnahmen abhängen, die jetzt zur Vervollständigung der Geldumstellung getroffen werden.

Die Vorschläge dieser Denkschrift gehen im Grunde auf einen freiwirtschaftlichen Arbeitskreis zurück, der im Anschluß an das Münchner Abkommen im Jahre 1938 — die freiwirtschaftlichen Organisationen waren damals verboten — die Bedingungen untersuchte, unter denen die zu dieser Zeit bereits deroutierte Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik umgestellt werden müsse, um eine gesunde Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland einzuführen. Schon im Jahre 1938 zeichneten sich, wenn auch nach außen noch nicht auffällig, die gleichen Sachverhalte ab, die später so deutlich in Erscheinung traten und das Gesicht der deutschen Wirtschaft nach dem Zusammenbruch bestimmten. So kam es aus jenem Arbeitskreis heraus in den Jahren 1943/44 auf die Initiative von Otto Lautenbach unter Mitarbeit von Karl Walker und Dr. Franz Hochstetter zu der Formulierung eines „Sofortprogramms zur finanziellen und wirtschaftlichen Überwindung der Kriegsfolgen“, das im Sommer 1944 bereits fertiggestellt war. Dieses Sofortprogramm machte der Freiwirtschaftsbund, als er 1945 seine Tätigkeit wieder aufnehmen konnte, zur Grundlage seiner Politik. Das Sofortprogramm wurde den Besatzungsmächten und später sogleich den sich bildenden deutschen Regierungen überreicht. Als dann im Laufe der Nachkriegsjahre auf diesem Gebiet nichts geschah und auch ein zeitlicher Überbrückungsvorschlag des Freiwirtschaftsbundes „Die Warenmark als Brücke

zur Währungsordnung“\*) nicht realisiert wurde, hat der Freiwirtschaftsbund im August 1947 dieses Sofortprogramm in der Form einer Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“\*\*) veröffentlicht und in 26 000 Exemplaren verbreitet. Sie war allen Regierungsstellen, Parteien, Gewerkschaften, Verbänden bekannt. Die Vorschläge dieser Denkschrift wurden vom Freiwirtschaftsbund öffentlich und auch in maßgebenden Kreisen intern sehr eingehend erörtert. Einige wichtige Zeugen für diesen Widerhall haben wir in dem Anhang zu dieser Denkschrift zusammengestellt.

Die Geldumstellung vom 20. Juni hat die Forderungen der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ nicht erfüllt. Die Erscheinungen, die im Zuge der Einführung der D-Mark und der teilweisen Befreiung der Wirtschaft aus den bürokratischen Fesseln auftraten, bestätigten indessen bis in die letzten Einzelheiten hinein die Richtigkeit der in der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ dargestellten Analyse der deutschen Wirtschaftsgrundlagen und die Gültigkeit der Vorschläge, die zu einer gesunden Sozial- und Wirtschaftsordnung in Deutschland gemacht worden sind.

Nachdem die auf theoretisch gesichertem Boden stehende Analyse der deutschen Wirtschaftsverhältnisse und die aus ihr gezogenen Prognosen ihre Bestätigung durch die wirtschaftliche Praxis erfahren haben, war es nicht erforderlich, grundsätzliche Änderungen in unseren Vorschlägen vorzunehmen, sondern wir konnten uns damit begnügen, vom Grundsätzlichen her die Ergebnisse des 20. Juni in unsere Vorschläge hineinzuarbeiten, um sie jetzt in die schwerwiegenden Entscheidungen der nächsten Monate hineinzuworfen. Hierdurch ist das sachliche Gewicht unserer Vorschläge noch schwerer geworden, und die Verantwortung aller derjenigen, die sich mit dieser Aufgabe zu befassen haben, entsprechend größer. So rechnen wir damit, daß die sachlich unantastbaren, durch die Erfahrungen bestätigten Vorschläge unserer Denkschrift, unabhängig von parteipolitischen, weltanschaulichen und durch Gruppeninteressen gegebenen Bindungen zur Grundlage des Handelns gemacht werden.

## B.

## AKTIVE WÄHRUNGS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

I.  
VOM GELDSCHNITT

## ZUR WÄHRUNGSREFORM

Mit dem Währungsschnitt vom 20. Juni 1948 wurde ein erster einleitender Schritt zu einer neuen Form des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland getan. Mit der Einführung der D-Mark wurde in wenigen Wochen das Bild der deutschen Wirtschaft wesentlich verändert. Das soziale Gefüge ist in einer tiefgreifenden Wandlung begriffen, und selbst im Bereich der Politik sind beachtliche Wir-

kungen zu verspüren. Es sind unverkennbar Fortschritte erzielt worden, die noch wenige Wochen vor dem 20. Juni für unmöglich gehalten worden sind. In der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ heißt es Seite 14 unter Punkt 9 u. a.:

\*) „Die Warenmark als Brücke zur Währungsordnung“ — Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes; Januar 1947; Freiheit-Verlag, Heidelberg; 8 Seiten, DIN A 4; 1,50 DM; Vertrieb: Bundesverlag, Heidelberg, Postfach 340.

\*\*) „Wirtschaftliche Neuordnung“ — Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes; August 1947; Freiheit-Verlag, Heidelberg; 16 Seiten DIN A 4; 1,80 DM; Vertrieb: Bundesverlag, Heidelberg, Postfach 340.

„Die Verknappung des aufgeblähten Geldumlaufs auf den Stand, der für den Absatz der angebotenen Waren erforderlich ist und die Abschreibung der Geldkapitalien erhöhen die Erzeugung und das Angebot von Waren wesentlich,  
weil alle vom „Kaufkraftüberhang“ Zehrenden oder auf dem Schwarzen Markt Beschäftigten, die gegenwärtig das Angebot von Waren nicht vermehren helfen, aber von den Erzeugnissen der wirtschaftlich Tätigen kaufen und verbrauchen, von nun an arbeiten müssen, wenn sie leben wollen;  
weil die meisten der in der bürokratischen Planung Tätigen sich jetzt in die Wirtschaft einschalten können;  
weil der Kaufmann nun wieder bestrebt ist, möglichst viel möglichst oft umzusetzen, denn es wird jetzt kostspielig sein, tatsächlich vorhandene Verbrauchsgüter weiter zurückzuhalten, da man für deren Erlös in fester Währung das wird einkaufen können, was man selbst benötigt;  
weil der Fabrikant die noch vorhandenen Vorräte nicht länger kostenfressend liegen läßt, sondern bestrebt ist, möglichst viel in möglichst kurzer Frist zu fertigen und abzusetzen, da er die Erlöse für den Einkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten verwenden kann;  
weil es für die Landwirtschaft lohnender ist, allgemein mehr für den Verkauf gegen allseitig als Tauschmittel verwendbare Währung zu erzeugen, insbesondere aber weniger für den Verbrauch in der eigenen Wirtschaft zur „Erhaltung der Sachwerte“;  
weil die inländische Rohstoffwirtschaft (z. B. der Köhlenbergbau) mehr Arbeitskräfte und mehr Material erhalten und selbst ein größeres Interesse an der Steigerung der Erzeugung haben wird;  
weil wieder mit begründeter Aussicht auf Erfolg persönlich frei geplant und aufgebaut werden kann.“

Diese Prognose wurde in fast allen Punkten durch die Tatsachen erfüllt. Die Arbeitswilligkeit ist wesentlich gehoben worden, die Produktionsziffern sind unverkennbar im Ansteigen begriffen und die allgemeine Versorgung mit Gütern ist jetzt schon auf einer wesentlich höheren Basis angelangt.

So hat die Einführung der D-Mark unmißverständlich klargemacht, daß ein funktionsfähiges Tauschmittel unabdingbare Voraussetzung für jede Wirtschaft ist, besonders aber für eine völlig verarmte Wirtschaft wie die deutsche. Die Reichsmark hatte ihre Funktion als Tauschmittel eingebüßt, und an ihrer Stelle entstand ein aufgedunsener bürokratischer Apparat, der sich anmaße, Erzeugung und Verbrauch zentral dirigieren zu können. Die mit der Einführung der D-Mark verbundene teilweise Befreiung der Wirtschaft von bürokratischen Fesseln hat bewiesen, daß die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte ein Vielfaches dessen leisten kann, was eine Kommandowirtschaft sich vergebens zutraut.

Die bis jetzt erzielten Erfolge beruhen in der Hauptsache darauf, daß die Wirtschaft einiger bürokratischer Fesseln ledig geworden ist und die D-Mark wiederum als Tauschmittel in der Wirtschaft funktioniert.

### 1. Irrtümer und Mängel der Geldumstellung

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem 20. Juni 1948 darf indessen nicht überschätzt werden, da bei den Maßnahmen einige grundlegende Irrtümer Pate gestanden haben und sich in Fehlern bei der praktischen Durchführung auswirkten.

a) Der Grundfehler der Maßnahmen vom 20. Juni 1948 war, daß die in Deutschland auf wirtschaftlichem, finanzpolitischem und sozialem Gebiet zu lösenden Aufgaben zeitlich auseinandergerissen wurden und dadurch zu dem bestehenden Unrecht neues hinzugefügt wurde. Es wurde versäumt, diese Aufgaben durch ein System von umfassenden, ineinandergreifenden und sich gegenseitig ergänzenden Maßnahmen in einer gründlichen wirtschaftlichen Neuordnung zu lösen. Die von deutscher Seite ausgearbeiteten Vorschläge wurden von den Alliierten nicht angenommen, woraufhin die alliierten Behörden die Verantwortung für die Geldumstellung selbst übernahmen, die Gesetze vom 20. Juni erließen und darin nun das verfügten, was nach ihrer Meinung für die Sicherung der D-Mark erforderlich erschien, während sie alle übrigen sich aus der Geldumstellung ergebenden Fragen den deutschen Stellen übertrugen mit der Anweisung, sie bis zum 31. Dezember 1948 zu lösen.

b) Aus den Währungsgesetzen, aus der Art der Währungsverwaltung und aus der Führung der Wirtschaftspolitik ist zu erkennen, daß die Währungsfrage als eine Frage neben vielen andern angesehen wird. Dies ist ein folgenschwerer Irrtum, weil es für die Wirtschaftsordnung nur noch eine Frage von gleichem Rang neben der Währungsfrage gibt: die Frage nach dem Bodenrecht. Alle anderen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik befinden sich in funktionaler Abhängigkeit von der Lösung der Währungsfrage. Die Währung ist das Fundament, auf dem unsere gesamte arbeitsteilige Wirtschaft ruht. Ihre Beschaffenheit und die Art ihrer Verwaltung entscheiden, ob der auf ihr errichtete Bau haltbar ist oder nicht. Wenn daher mit dem Versuch, die Währungsfrage zu lösen, die Fragen der Kreditversorgung oder der Sozialpolitik verknüpft werden, so besteht die Gefahr, daß das Fundament brüchig wird. Die Erfahrungen in den ersten Monaten nach der Währungsreform haben bereits deutlich gemacht, wie es hier an der erforderlichen Klarheit der Ansichten bei den Handelnden fehlt und deshalb von hier aus das, was werden soll, ernstlich gefährdet wird.

c) Bei der Währungsgesetzgebung stand weiterhin der Irrtum Pate, der Kredit, die Bank- und Sparguthaben seien dem Geld gleichzusetzen. Deshalb wurden diese Kategorien zusammenaddiert und in gleicher Weise behandelt. Die Währungsordnung hat es aber nur mit dem baren Geld zu tun; denn dessen Menge und Umlaufgeschwindigkeit wirken allein auf die Preise. Die Höhe des verfügbaren Kredits bei den Geldinstituten, die Bank- und die Sparguthaben bilden eine andere Kategorie und wirken auf den Zins. Scheinbar gibt die Entwicklung seit dem 20. Juni diesem Irrtum recht, weil von den freigegebenen Konten tatsächlich eine starke Nachfrage nach Waren in der Wirtschaft ausging. Es ist aber unverkennbar, daß dies auf dem Wege über die Barabhebung geschehen ist. Dies liegt in dem Sonderfall der deutschen Kreditwirtschaft begründet, daß den Guthaben bei den Kreditinstituten fast keine anderen Aktiven gegenüberstanden als Reichsanleihen und Forderungen an das nicht mehr existierende Deutsche Reich. Diese Reichsanleihen sind aber annulliert worden.

Wenn normalerweise die Guthabeninhaber per Saldo mehr bei den Geldinstituten abheben, als Guthaben von anderen neu gebildet werden, dann müßten die Geldinstitute gegebene Kredite kündigen, um ihre aufgenommenen und gegebenen Kredite im Gleichgewicht zu halten. In der Situation vom 20. Juni jedoch konnten die Geldinstitute nirgends Kredite kündigen, um die Auszahlungen an ihre Einleger vorzunehmen, da der Schuldner (Deutsches Reich, Reichsanleihe) nicht mehr existierte. Infolgedessen war, was auch die Währungsgesetzgebung vorgesehen hat, nur der Rückgriff über die Landeszentralbanken auf die Bank der deutschen Länder möglich, wodurch dann die Summe der Abhebungen, sofern sie nicht durch neue Einlagen gedeckt werden konnten, in neuen baren Geldmitteln über die Geldinstitute in die Wirtshaft kam. So verwandelte sich tatsächlich durch die Annullierung der Reichsanleihe der fiktive Kredit der Banken über die Notenbank in bares Geld, was zu einer Erhöhung der Geldausgabe führen mußte. Soweit allgemeine Preissteigerungen in Deutschland festzustellen sind, können sie nur auf die Vermehrung der ausgegebenen baren Geldmenge zurückgeführt werden.

Der Irrtum Buchgeld—Giralgeld, also kurzfristige Einlagen bei Geldinstituten dem baren Geld gleichzusetzen, hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr in die Geldtheorie eingeschlichen, vor allem in den angelsächsischen Ländern. Unsere Erfahrung seit dem 20. Juni bestätigt aufs neue, daß dieser theoretische Irrtum verhängnisvolle praktische Folgen hat\*).

c) Das im Zuge der D-Markeinführung erlassene Länderbankgesetz ist für die Führung der Währungspolitik unzulänglich. Es gehört heute zu den gesicherten Grundlagen nationalökonomischer Erkenntnis, daß der durchschnittliche Preisstand in einer Wirtschaft bestimmt wird von dem Verhältnis der auf dem Markt angebotenen Warenmenge zu der in der Wirtschaft befindlichen Geldmenge multipliziert mit ihrer Umlaufgeschwindigkeit. Die bereinigte Quantitätstheorie ist aber nicht nur eine Theorie, sondern vor allem ein volkswirtschaftliches Gesetz, das sich unter den verschiedensten wirtschaftlichen Umständen zu verschiedenen Zeiten in allen Ländern der Welt bestätigt hat.

Das Länderbankgesetz bestimmt nun, daß die Bank der deutschen Länder bis zu 10 Milliarden DM ausgeben darf und jede weitere Erhöhung immer nur um eine Milliarde DM möglich ist und dies nur unter erschwerten Bedingungen.

Hier liegt unverkennbar der richtige Gedanke zugrunde, die Geldmittel knapp zu halten und eine Inflation auszuschließen. In allen wirtschaftspolitischen Äußerungen von maßgebender Seite wird heute der allgemeine Grundsatz anerkannt, daß die Geldversorgung der Wirtschaft dem Warenangebot

\*) Karl Walker hat die Frage des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und dessen Einwirkung auf den Preisstand gründlich untersucht und in seinem neuesten Werk „Das Giralgeld in geldtheoretischer sowie in währungs- und konjunkturpolitischer Hinsicht“ niedergelegt. Diese Schrift behandelt das Thema erschöpfend mit zwingender Logik und lückenlosen Belegen aus der wirtschaftlichen Praxis. Sie wird von der Kommission für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung des Freiwirtschaftsbundes demnächst herausgegeben.

angepaßt werden muß. Eine solche Anpassung kann aber nur ihren Ausdruck finden in einem wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand, der sich in einem durchschnittlich festen Preisstand dokumentiert. Für die übersichtliche Führung einer Währungs- und Wirtschaftspolitik fehlen heute in Deutschland noch die zuverlässigen statistischen Unterlagen. Es muß also so rasch wie möglich eine Indexziffer für die Großhandelspreise aufgestellt und fortlaufend veröffentlicht werden. Eine Orientierung an Einzelpreisen und ihren Bewegungen ist irreführend. Wir haben seit dem 20. Juni aus einzelnen Statistiken Preissteigerungen bis über 100 % und Preissenkungen bis zu 53 % feststellen können. Daran kann sich eine Währungsverwaltung nicht orientieren. Preissteigerungen und Preissenkungen von Einzelpreisen sind Ausdruck der relativ knappen oder relativ reichlichen Versorgung des Marktes mit der besonderen Ware. Nachdem die deutsche Wirtschaft über ein Jahrzehnt durch die Preisvorschriften und Reglementierungen auf den Lenkungsmechanismus der Einzelpreise verzichtet wurde, liegt es auf der Hand, daß starke Preisschwankungen von einzelnen Waren natürlich und gesund sind. Allgemeine Preissteigerungen (Inflation) oder allgemeine Preissenkungen (Deflation) hingegen sind Störungen des Gleichgewichts und nur klar erkennbar, wenn man tatsächlich über einen zuverlässigen Großhandelsindex verfügen kann.

Diese unerläßliche Orientierung fehlt unserer Währungspolitik.

Die Beeinflussung des Preisstandes und damit des Gleichgewichts in der Wirtschaft geschieht durch die Regulierung der Geldmenge. Durch die bisherige Währungsgesetzgebung ist selbst die Bestimmung der auszugebenden Geldmenge nicht sicher in der Hand der Währungsverwaltung, weil von der Auflösung von Festkonten her und durch die allgemeine Kreditpolitik mit einem festen Diskontsatz von 5 % Geldmengenveränderungen teilweise gegen den Willen der Länderbank und der Landeszentralbanken erfolgen können.

Ist schon die Geldmengeregulierung nicht sicher in der Hand unserer Währungsverwaltung, so entzieht sich die Herrschaft über die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, abgesehen von der Wirkung psychologischer Beeinflussung durch Propaganda, dem Willen der Notenbank. Die ersten Monate seit der Einführung der D-Mark haben dies sehr deutlich gemacht. Während die Bipartite Finance Group in einer Flugschrift „Das Währungs-ABC“ zur Hortung der D-Mark auffordert und die Gewerkschaften Käuferstreiks organisieren, also die Umlaufgeschwindigkeit der D-Mark herunterzudrücken versuchen, wurde von der Verwaltung für Wirtschaft und anderen einflußreichen Stellen vor der Hortung der D-Mark gewarnt und aufgefordert, sie, sofern sie zum Umsatz der Waren nicht benötigt werde, so rasch wie möglich bei den Geldinstituten einzuzahlen. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist also von Faktoren abhängig, die außerhalb des Machtbereichs der Währungsverwaltung liegen; eine Steigerung oder Senkung der Umlaufgeschwindigkeit aber wirkt genau so wie eine Geldmengenvermehrung oder eine Geldmengenverminderung.



## 2. Gesetzliche Währungssicherung

Um der Währungsverwaltung die Herrschaft über die Währung tatsächlich in die Hand zu geben, ist es erforderlich, dem Länderbankgesetz die Bestimmungen hinzuzufügen, die auf der Bundesarbeitstagung des Freiwirtschaftsbundes vom 11. bis 15. August in Heidelberg in einer Resolution gefordert worden sind.

1. Für den Geltungsbereich der Deutschen Mark ist ein Großhandelsindex der auf dem freien Markt gebildeten Warenpreise wöchentlich zu erstellen und fortlaufend zu veröffentlichen.

2. Die Bank der deutschen Länder ist verpflichtet, den durchschnittlichen Preisstand auf die Dauer festzuhalten, indem sie die umlaufende Geldmenge vermehrt oder vermindert je nachdem der Großhandelsindex Neigung zum Sinken oder zum Steigen zeigt.

3. Zur Sicherung des Geldumlauts wird die Deutsche Mark unter Umlaufszwang gestellt, der das bare Geld mit einem periodischen Nennwertverlust von etwas 5 bis 6 Prozent im Jahr belastet. Die Guthaben und Girokonten bei den Geldinstituten werden von diesem Nennwertverlust nicht betroffen.

4. Die Kreditpolitik der Bank der deutschen Länder und der ihr angeschlossenen Landeszentralbanken hat sich den unter 1 bis 3 genannten Bestimmungen unter allen Umständen unterzuordnen.

## II.

### FREIE WETTBEWERBSORDNUNG

Mit der gesetzlichen Verankerung der Währungspolitik nach diesen Grundsätzen wird aus dem Geldschnitt vom 20. Juni eine tatsächliche Währungsreform. Mit ihr sind zuverlässige Grundlagen für die gesamte arbeitsteilige Wirtschaft in Deutschland gelegt, und das wirtschaftliche und soziale Leben kann in Freiheit aufgebaut werden. Eine Währungspolitik, wie sie aus diesem Gesetz resultiert, ist das Fundament des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, auf dem es möglich ist, die Zwangswirtschaft vollständig abzubauen und zu einer wirklichen freien Wirtschaft überzugehen. Auf diesem Fundament kann vollendet werden, was so erfolgversprechend nach dem Währungsschnitt begonnen worden ist. Die Sicherung des durchschnittlichen festen Preisstandes durch eine aktive Währungspolitik macht alle Preisvorschriften auf allen Gebieten der Wirtschaft überflüssig. Mit der Reglementierung und den Staatseingriffen in die Privatinitiative kann und muß gründlich gebrochen werden. Die Preise der einzelnen Waren werden sich dann nach ihrem relativen Knappheitsverhältnis zueinander einspielen und die Preisbewegungen der einzelnen Waren werden zum zuverlässigen Lenkungsmechanismus in der Wirtschaft, der die Erzeugung der tatsächlich knappen Waren anregt und die Nachfrage nach diesen entsprechend einschränkt. Die ausgleichenden Tendenzen setzen selbsttätig ein, und die Versorgung regelt sich nach den differenzierten, durch die Nachfrage nach Waren wirksam gemachten Wünschen der Verbraucher. Am festen Zügel der aktiven Währungspolitik, die den durchschnittlichen festen Preisstand zur Richtschnur hat, können allgemeine Preissteigerungen nicht auftreten, Preisschwankungen von Einzelwaren jedoch sind nützlich und wirken ausgleichend. Der Hinweis, mit Preisvorschriften den Ver-

braucher schützen zu können, ist unbegründet, weil der Verbraucher bei vollständig freiem Wettbewerb, wobei der niedrigste wirtschaftlich tragbare Preis aus dem Leistungswettbewerb von Industrie und Handel herauskommt, am besten geschützt ist. Eine Reglementierung und Preisvorschriften werden indessen, wie die Erfahrung lehrt, durchweg nicht den Verbraucher schützen, sondern diejenigen, die in der Lage sind, sich auf den dunklen Wegen grauer und schwarzer Märkte der Vorzüge ihrer Stellung zu bedienen. Schließlich müssen aus den Preisen der Waren (auch der reglementierten) die Löhne bezahlt werden, und jeder Schutz des Verbrauchers und Lohnempfängers von dieser Seite aus wirkt sich auf die Höhe der Löhne und Einkommen mit innerer Notwendigkeit aus. Der wirtschaftliche Erfolg aller Beteiligten, vom Arbeiter bis zum Unternehmer, ist am besten gesichert, wenn völlige Freiheit hergestellt ist — unter der einen Voraussetzung, daß das Fundament der arbeitsteiligen Wirtschaft, die Währung, unter allen Umständen nach den oben dargestellten Grundsätzen in Ordnung gehalten wird.

Ähnliches wie für die Preise gilt für die Höhe der Löhne und Gehälter. Wir haben ein Lohn- und Gehaltssystem jetzt noch theoretisch beibehalten, das durch die künstliche Festsetzung von Preisen und Löhnen völlig erstarrt ist und keinen Bezug auf die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse mehr hat. Kein Tarif- und Gehaltssystem nutzt etwas, das aus irgendwelchen positiven oder negativen sozialpolitischen Erwägungen heraus zustande kommt, wenn es sich nicht in Übereinstimmung befindet mit den wirtschaftlichen Tatsachen. Sämtliche Einkommen in einer Wirtschaft können nicht größer sein als das Sozialprodukt. Wenn wir die nominale Höhe der Einkommen oder die nominale Höhe der Preise künstlich fixieren, so werden im Tatsächlichen die Differenzen dieser nicht aufgehenden Rechnung prompt eingezogen, sei es dadurch, daß in Zeiten des „Geldüberhangs“ für den nominal erhaltenen Lohn nicht entsprechend gekauft werden kann, sei es, daß die Löhne aus den Erlösen tatsächlich nicht zu tragen sind und dann eine Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Was für das Einspielen der neuen freien Preise richtig ist, gilt auch für Löhne und Gehälter. Die Löhne und Gehälter müssen sich in jedem Teil der Wirtschaft nach den tatsächlichen Verhältnissen neu einspielen. Wie es bei durchschnittlich festem Preisstand möglich ist, daß Einzelpreise einer besonders knappen Ware in die Höhe, der Einzelpreis einer besonders reichlich vorhandenen Ware nach unten geht, so ist es denkbar, daß nach einer Befreiung von allen veralteten Tarifen und reglementierenden Eingriffen auf einem Wirtschaftsgebiet die Löhne stark in die Höhe, auf einem anderen heruntergehen. Dies bewirkt dann die sinnvolle Lenkung der Arbeitskräfte ohne Arbeitsamt und löst selbsttätig die ausgleichenden Tendenzen aus; die Arbeitskräfte aus allen Teilen der Wirtschaft mit niederen Löhnen werden zu den Teilen der Wirtschaft mit hohen Löhnen abwandern und die Lohnhöhe entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen ausgleichen. Erst bei und nach diesem Einspielen auf den natürlichen Stand der Dinge hat es

Sinn neue Löhne auszuhandeln. Vorher werden sie genau wie künstliche Preise eine Fiktion sein und den wirklichen Aufstieg der Wirtschaft empfindlich stören.

In einer freien Wettbewerbsordnung wird auch der Kredit- und Kapitalmangel in Deutschland überwunden werden können, wenn die Versuche aufgegeben werden, neue Banken zu gründen und über Tricks nachzudenken, mit denen diese Banken in der Lage sein sollen, der Kreditnot künstlich abzu- helfen.

Kredit läßt sich nur aus echten Überschüssen bilden, d. h. durch Ersparnisse, die auf einer zeitlichen Verschiebung und Einschränkung des Konsums beruhen.

Soweit dies nicht geschieht, könnten nur Auslandskredite diesen Mangel beseitigen. Für die Bildung und zweckmäßige Verteilung dieser Ersparnisse, ebenso für die Erlangung von Auslandskrediten ist Voraussetzung, daß das natürliche Verhältnis von Kreditangebot und Kreditnachfrage seinen Ausdruck in einem entsprechenden Zins findet, der dann je nach seiner Höhe aus sich selbst heraus die Kräfte auslöst, die zum vorübergehenden Konsumverzicht, zur sparsamsten Verwendung der Mittel und damit zur Kreditneubildung führt und außerdem Auslandskredite heranziehen könnten. Auch auf diesem Gebiet wird die vollständige Freiheit am ehesten und sichersten zum Ziele führen, wenn durch die oben vorgeschlagene Währungsreform die stetige Kapitalbildung als eine Folge des Umlaufzwangs des Geldes einsetzen wird.

Schließlich bleibt noch die Frage nach der Gewerbefreiheit. Diese ist durch Gesetz zu einem

großen Teil wiederhergestellt, jedoch sollten auch dort die letzten Beschränkungen noch fallen, um auch auf diesem Gebiet die Freiheit völlig herzustellen.

Unter den Gegnern eines solchen Programms der Freiheit sind heute vor allem die Gewerkschaften vertreten. An ihre Adresse muß besonders appelliert werden, weil ihre Ablehnung einer freien Wettbewerbsordnung ihre Wurzel in der Hauptsache in ideologischen Bindungen hat, die durch weitreichende Erfahrung überholt sind. Gerade denjenigen, deren Interessen sie innerhalb der wirtschaftlichen Ordnung wahren sollen, werden in einer Zwangswirtschaft die schwersten Schäden zugefügt, denn die Leidtragenden einer solchen Ordnung sind in erster Linie die abhängigen Arbeiter und Angestellten. Schließlich aber kommt es für die Gewerkschaften darauf an, eine Wirtschaftsordnung aufzubauen, in welcher auch die von ihnen vertretenen Berufsschichten zu einem gerechten Ausgleich ihrer Interessen hinfinden.

Auf dem sicheren Fundament einer gesunden Währung müssen wir die völlige Befreiung der Wirtschaft aus bürokratischen Fesseln durchsetzen und mit Entschiedenheit all den Versuchen entgegenzutreten, das bisher auf diesem Gebiet Erreichte wieder aufzuheben. Die freie Wettbewerbsordnung wird uns auf die Dauer aus Armut und Entwürdigung herausführen können. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Wirtschaft an dem festen Zügel der Währungspolitik des festen Preisstandes (Indexwährung) mit einer Umlaufsicherung des Geldes geführt wird, um Störungen und Krisen auf jeden Fall auszuschließen.

### C.

## GERECHTER LASTENAUSGLEICH

Wir bedauern außerordentlich, daß der Lastenausgleich nicht in einem Zuge mit dem Währungsschnitt durchgeführt worden ist, um dem Gesamtwerk der wirtschaftlichen Neuordnung die innere Geschlossenheit zu geben. Um so verantwortungsvoller ist jetzt die Aufgabe für die zuständigen deutschen Stellen, den Lastenausgleich gerecht und wirtschaftlich sinnvoll durchzuführen. Es besteht allgemein Übereinstimmung darüber, daß ein Lastenausgleich durchgeführt werden muß. Über das „Wie“ gehen die Meinungen noch weit auseinander. Wir haben dazu festzustellen:

1. Der Aufbau einer neuen sozialen Ordnung auf der im Teil B vorgeschlagenen Grundlage ist nicht möglich, solange der Lastenausgleich nicht umfassend und gerecht durchgeführt ist; denn es kann sich auch in einer völlig befreiten Wirtschaft keine Initiative entwickeln, wenn für jeden wirtschaftenden Menschen unklar bleibt, welche Lasten aus dieser ungelösten Frage in Zukunft noch zu erwarten sind. Wer wirtschaftlich etwas beginnen will, was für die Dauer bestimmt ist, muß auf lange Frist klar sehen.

2. Die Länderbank wird selbst bei gesetzlicher Verpflichtung zur Indexwährungspolitik mit Umlaufzwang des Geldes diese nicht erfolgsicher durchführen können, solange die Frage des Lastenausgleichs nicht gelöst ist; denn die Hortung von

D-Mark geschieht zu einem Teil zu dem Zweck, sich dem drohenden Lastenausgleich zu entziehen, wogegen auch die Umlaufsicherung des Geldes wirkungslos bleibt, wenn man sie nicht mit einer Anzeigepflicht gegenüber dem Finanzamt verbinden will, was jedoch in keinem Falle den Grundgedanken unserer Vorschläge entspricht, die darauf abzielen, die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft zu beseitigen.

3. Der gegenwärtige Vermögensbesitz in Deutschland ist das Ergebnis einer Art Lotterie. Er steht in keinem Zusammenhang mehr mit der eigenen Leistung. Die Ausgebombten haben alles verloren, andere alles erhalten, Flüchtlinge mußten neben ihrer Heimat auch ihr Vermögen aufgeben. Die Besitzer von Geld und Geldforderungen sind durch den 20. Juni auf die Quote von 6,5 Prozent gesetzt worden usw. Hier muß aus Gründen der Gerechtigkeit ein Ausgleich der Lasten stattfinden, die durch die Zufälle des Krieges und seiner Folgen längst eingetreten sind.

Der Lastenausgleich muß aus diesen Gründen zunächst einmal ein Gesamtwerk durchgeführt werden, und zwar so, daß

1. mit ihm die gesamte Vergangenheit finanziell und wirtschaftlich endgültig liquidiert wird, um den in Bildung begriffenen westdeutschen Staat vollständig freizuhalten von allem was aus der Vergan-



genheit auf uns an schweren Lasten gekommen ist, und um jedem wirtschaftenden Menschen die Sicherheit zu geben, daß nach dem Lastenausgleich keine Ansprüche aus der Vergangenheit mehr an ihn gestellt werden, so daß das, was er jetzt neu erarbeitet, ihm auch tatsächlich verbleibt;

2. aus den Maßnahmen, die hierbei getroffen werden, keine Gefährdung der unter B skizzierten Währungspolitik eintreten kann, das Fundament unserer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung intakt bleibt;

3. die Grundsätze allgemeiner Gerechtigkeit gewahrt werden, also Geldbesitzer, Inhaber von Sparguthaben, Sachwertbesitzer, Ausgebombte, Flüchtlinge grundsätzlich gleich behandelt werden;

4. den Alten und Kranken, den Opfern des Krieges und des Naziregimes in einer würdigen Form wirksam geholfen werden kann, ohne daß diese Menschen das Gefühl bekommen können, mit Almosen abgespeist zu werden.

Diese vier Bedingungen werden unserem Vorschlag gerecht, den wir in unserer Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ vorgelegt haben und nunmehr in der durch die Gesetzgebung vom 20. Juni modifizierten Form erneut zur Durchführung vorlegen.

Es ist ein Liquidationsamt zu schaffen, dem alle Aufgaben übertragen werden, die mit der Vergangenheit verbunden sind. Dieses Liquidationsamt soll alle begründeten Forderungen derjenigen erfüllen, die Kriegsschäden aller Art erlitten haben, soll die begründeten Ansprüche der Flüchtlinge befriedigen, die verschiedenartigen Belastungen durch die bisherigen Maßnahmen im Zuge der Währungsreform ausgleichen und schließlich den berechtigten sozialpolitischen Forderungen gerecht werden, die von den nicht arbeitsfähigen Alten und Kranken mit Recht gestellt werden können. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist das Liquidationsamt zu ermächtigen, folgende Maßnahmen durchzuführen:

I.

**BELASTUNGEN**

1. Sämtliche Sachwerte aller Art sind in Höhe von etwa 75% zu belasten, die Immobilien mit einer entsprechenden, durch Gesetz einzutragenden Grundschuld, alle übrigen Sachwerte durch eine entsprechende Forderung des Liquidationsamtes; Vorbelastungen sind dabei selbstverständlich zu berücksichtigen. Bei der Belastung der Sachwerte ist von neu festzusetzenden Ertragswerten auszugehen und je nach dem tatsächlichen Verschleiß der belasteten Werte langfristige Tilgungsraten festzusetzen. Diese Tilgungsfristen sind am längsten bei Immobilien, am kürzesten bei Fertigwarenlagern. Bei den geringen Tilgungsraten läuft diese Sachwertbelastung also im wesentlichen auf eine Belastung des Ertrags hinaus, so daß keinesfalls die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe beeinträchtigt wird.

Die ausgesprochenen Belastungen sind im Jahre 1949 und 1950 mit 4% zu verzinsen. Ab 1. Januar 1951 wird die Verzinsung variabel festgesetzt, und zwar auf 1/2% über dem landesüblichen Zinsfuß für gleichartige Anlagen.

Den Belasteten ist die Möglichkeit einzuräumen,

die Schuld frühzeitiger zu kündigen oder durch eine neue private Schuld ablösen zu lassen.

Dem Liquidationsamt sollen dadurch die Mittel so früh, wie dies wirtschaftlich möglich ist, zufließen, um die Erfüllung seiner Aufgaben den Geschädigten gegenüber zu ermöglichen.

Alle Einzelheiten sind durch entsprechende Gesetze, die den Charakter der belasteten Kategorie zu berücksichtigen haben, zu regeln.

Mit dieser Belastung der Sachwerte sind automatisch alle Gewinne mit erfaßt, die im Zuge der Währungsreform über Hypothekenschulden, Besitz von Warenlagern usw. entstanden sind.

2. Das Vermögen der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie die Eingänge aus Sühnegeldern bei den Spruchkammern sind dem Liquidationsamt zu übertragen.

3. Die Haushalte der früheren Reichspost und Reichsbahn sind dem Liquidationsamt zu unterstellen. Dem Liquidationsamt muß maßgebender Einfluß auf die Tarif- und Ausgabenpolitik eingeräumt werden; jedoch darf sich die Tarifpolitik nicht wirtschaftshemmend auswirken. Die Überschüsse fließen dem Liquidationsamt zu.

4. Zur Einkommensteuer wird ein Zuschlag — Kriegslastensteuer genannt — erhoben, der vom Finanzamt an das Liquidationsamt abzuführen ist. Die Kriegslastensteuer ist in den Einkommensteuerbescheiden, in Lohn- und Gehaltsabrechnungen grundsätzlich gesondert aufzuführen. Die Kriegslastensteuer ist vorübergehend zu erheben und soll gestrichen werden, sobald an den deutschen Börsen 5%ige Hypothekenpfandbriefe zu pari gehandelt werden.

5. Sämtliche Beteiligungen des früheren Deutschen Reichs und der Länder am Industrie- und Bankwesen sind dem Liquidationsamt zu übertragen, das die Beteiligungen in einer angemessenen Frist bestmöglich bei freiem Wettbewerb der Käufer abzustoßen hat.

6. Nach Durchführung dieser allgemeinen Belastung hat jeder Staatsbürger sein persönliches Vermögen aufzustellen, in dem die bereits erfaßten neben allen sonst noch vorhandenen privaten Vermögenswerte aufzuführen sind. Grundsätzlich sollen auch die hier sich ergebenden Vermögen mit den gleichen Prozentsätzen belastet werden wie die Sachwerte. Dabei sind aber Doppelbelastungen zu bereinigen, soziale Härten auszugleichen, Staffellungen nach der Vermögenshöhe vorzunehmen, eine Freigrenze festzulegen, die reinen Kriegsgewinne zu erfassen und die sozialen Gesichtspunkte bei jedem einzelnen zu berücksichtigen. Auf Grund dieser persönlichen Vermögenserklärung sind die sich ergebenden Rückvergütungen aus den allgemeinen Belastungen, wie sie sich durch den Währungsschnitt ergeben haben, möglich und zwingend erforderlich.

Wie die Erfassung der Geldkonten ohne Ansehen der Person rein sachlich-wirtschaftlich schlagartig am 20. Juni 1948 vorgenommen worden ist, so muß auch die Belastung der Sachwerte durchgeführt werden, um den Erfolg sicherzustellen, damit kein Steuerpflichtiger in der Lage ist, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

## II. DER AUSGLEICH

1. Beim Liquidationsamt sind sämtliche Schäden anzumelden, die durch den Krieg und seine Folgen eingetreten sind, insbesondere Fliegerschäden, Vermögensverluste der Flüchtlinge, sonstige Kriegsschäden jeder Art und die aus dem Währungsschnitt vom 20. Juni entstandenen Verluste. Alle diese Schäden sind nach Überprüfung so anzuerkennen, daß jedem einzelnen Geschädigten 25 % seines früheren Vermögens in D-Mark als Anspruch gegenüber dem Liquidationsamt verbleiben.

2. Die Inhaber der durch den Währungsschnitt vom 20. Juni annullierten Reichsschuld erhalten einen Anspruch von 25 % des Nominalwertes.

3. Den Inhabern kleinerer Vermögen, die unter die Freigrenze fallen, oder durch die vorgesehene Staffelung nach der Vermögenshöhe oder auf Grund von sozialen Härten Rückvergütungen aus den allgemein ausgesprochenen Belastungen zu fordern haben (I, 6), ist der entsprechende Ausgleich zu zahlen.

4. Den Hinterbliebenen des Krieges, den Kriegsbeschädigten und den Opfern des Nationalsozialismus, den arbeitsunfähigen Alten und Kranken sind angemessene Renten zu bewilligen.

5. Den von der Demontage betroffenen Betrieben sind 25 % des eingetretenen Schadens zu ersetzen.

6. Schließlich hat das Liquidationsamt etwaige aus dem Friedensvertrag hervorgehende Reparationsverpflichtungen zu erfüllen.

In allen Fällen ist sowohl für das Liquidationsamt wie für die Belasteten eine gegenseitige Aufrechnung selbstverständlich möglich.

## III. DIE ABWICKLUNG

Es steht von vornherein nicht fest, ob die für die Durchführung dieses Lastenausgleichs erforderlichen Mittel beim Liquidationsamt in gleicher Höhe aus den ausgesprochenen Belastungen vorhanden sein werden und in welcher zeitlichen Folge diese Mittel eingehen.

Die Schätzung sowohl der erfaßbaren Sachwerte als auch der Verpflichtungen gehen weit auseinander. Eine Überprüfung der Quellen ergibt etwa das Bild, daß sich diese Posten auf beiden Seiten für Westdeutschland mit etwa 120—150 Milliarden D-Mark ausgleichen.

Unberücksichtigt sind hierbei die erforderlichen Renten und die Mindereingänge, die durch die sozialen Staffellungen und den Ausgleich der sozialen Härten sich ergeben. Bei dieser Sachlage kann nur so verfahren werden, daß der Betrag, um den die Verpflichtungen des Liquidationsamtes höher sind als die Gesamtbelastungen, in Form einer Schuld des westdeutschen Staates fundiert werden muß. Bei den vorgeschlagenen Quoten wird sich die Summe auf etwa 50—80 Milliarden DM\*) stellen.

\*) In seinem Referat auf der Bundesratsarbeitstagung des Freiwirtschaftsbundes vom 11. bis 15. August in Heidelberg (veröffentlicht im „Ruf zur Freiheit“ Nr. 7 „Aufbruch zur Freiheit“, Vertrieb durch Bundesverlag Heidelberg, Postfach 340, —20 DM) hat Otto Lauterbach in diesem Zusammenhang eine Summe von 80 bis 130 Milliarden D-Mark angegeben. In der Zwischenzeit vorgenommene Überprüfungen der Unterlagen haben ergeben, daß mit der hier angegebenen Summe von 50 bis 80 Mrd. D-Mark als neue Staatsschuld auszukommen ist.

Es wird vorgeschlagen, diese Schuld in den Jahren 1949 und 1950 mit 4 % zu verzinsen, während sie ab 1. Januar 1951 mit einem variablen, dem durchschnittlichen Landeszinssatz jeweils entsprechenden Zinssatz auszustatten ist, wodurch diese Anleihe zu einem börsenfähigen Parititel wird, also ständig einen Kurs von etwa 100 % erzielt, der Spekulation entzogen ist und als erstklassige, sichere Kapitalanlage gilt.

Mit dieser Anleihe sind in erster Linie die Inhaber der annullierten Reichsschuld auszustatten, also vornehmlich die Geldinstitute und die größeren Firmen, die über Reichsanleihe verfügten. Die Geldinstitute erhalten damit eine echte Unterlage für die bei ihnen verbliebenen Restquoten der ehemaligen Geldkonten ihrer Einleger. Sie sind dem Zwang entzogen, für die Befriedigung solcher Ansprüche auf die Länderbank zurückzugreifen. Die Gefährdung der Währung von dieser Seite her ist zuverlässig beseitigt. Die Firmen und Privatpersonen, die über Reichsanleihe verfügten, können sich auf Grund der neuen Anleihe flüssige Mittel beschaffen.

Die Überschüsse aus der westdeutschen Anleihe, die zur Abgeltung der Forderungen aus der früheren Reichsanleihe nicht benötigt werden, kann das Liquidationsamt je nach der Lage am Geldmarkt für die Erfüllung seiner übrigen Verpflichtungen Zug um Zug verflüssigen.

Das Liquidationsamt verfügt durch die Sachwertbelastung über einen Bestand an Grundschulden auf den gesamten Haus- und Grundbesitz und kann in gleicher Höhe dafür Liquidationspfandbriefe ausgeben, die in den Jahren 1949 und 1950 mit 4 % Zins ausgestattet sind und ab 1. Januar 1951 wie die westdeutsche Anleihe mit einem variablen Zinsfuß ausgestattet werden und dadurch ebenfalls zu einer der Spekulation entzogenen sicheren Kapitalanlage werden. Ihre Laufzeit richtet sich nach der Laufzeit der Grundschuld.

Die Liquidationspfandbriefe können auch zur Tilgung von Verpflichtungen gegenüber dem Liquidationsamt benutzt werden — ein Anreiz für die Inhaber belasteter Sachwerte, diese Pfandbriefe zu erwerben.

Das Liquidationsamt ist berechtigt, für die ausgesprochenen Belastungen auf die übrigen Sachwerte Liquidationszertifikate auszugeben mit einer Laufzeit, die der Laufzeit dieser Belastungen entspricht. Sie sind ebenso auszustatten wie die Liquidationspfandbriefe und die westdeutsche Anleihe.

Die Finanzverwaltung Westdeutschlands hat die Anleihe dem Liquidationsamt gegenüber zu verzinsen und zu tilgen.

Diese Maßnahmen laufen sämtlich darauf hinaus, die Forderungen des Liquidationsamts gegenüber dem westdeutschen Staat und gegenüber den Belasteten zu kommerzialisieren, also früher flüssig zu machen, als sie seitens der Schuldner fällig werden. Aus all diesen Eingängen zusammen sind dann all die Verpflichtungen gegenüber den Berechtigten am Lastenausgleich zu erfüllen.

Wir wissen, daß mit der wirtschaftlichen und sozialen Lösung dieses Problems auf einer allgemein gerechten Grundlage nicht alle Fragen gelöst

sind, die dem einzelnen durch Krieg und Kriegsfolgen Geschädigten entstanden sind, denn dies geht im Individuellen weit über das hinaus, was überhaupt auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet geleistet werden kann. Nur wer das Schicksal der Millionen kennt, die Heimat, Haus und Hof verloren haben, wird ermessen können, daß hiermit lediglich das getan ist, was nach Lage der Dinge mit den Mitteln der Politik im allgemeinen getan werden kann. Gerade aber, weil dem so ist, ist es für uns alle eine Verpflichtung, das Wenige, das hier getan werden kann, so zu tun, daß jeder Mensch hier das Gefühl haben kann, in einem Staate zu leben, der die Gerechtigkeit in der Tat zu seiner Grundlage gemacht hat. Angesichts dessen, was geschehen ist, muß es unwürdig und erbärmlich erscheinen, hier feilschen zu wollen. Es nützt auch wenig, von interessierter Seite darauf hinzuweisen, die Lasten wären nicht tragbar. Die anderen haben sie getragen in dem Augenblick, als sie Haus und Hof verlassen mußten, in dem Augenblick, als die Bombe ihr Haus zerschlug, und in dem Augenblick, als die Einführung der neuen Währung am 20. Juni verkündet war.

Die von interessierter Seite verbreitete Meinung, ein gerechter Lastenausgleich schädige die Wirtschaft, beruht auf einem Irrtum. Die Wirtschaft ist von jeher gewohnt, Belastungen zu tragen, die aus dem Ertrag der Sachwerte aufzubringen waren und nicht abgewälzt werden konnten. Welches Haus hatte keine Hypothek? Welcher Bauer keine Erbteilungsschulden, welche Fabrik keinen Bankkredit? Die Höhe der Mieten und die Preise der Erzeugnisse waren dieselben, gleichviel ob belastete oder unbelastete Sachwerte ihre Grundlage bildeten, ob dem Verwalter dieses Teiles Nationalvermögen ein größerer oder geringerer Teil davon gehörte. Die erfolgreichste Unternehmungsform, die Aktiengesellschaft, verlangt von ihrem Direktor noch nicht den Besitz einer einzigen Aktie. Wieviel mehr wird der leisten, der Aussicht hat, von den Schulden, die ihm der Lastenausgleich bringen mußte, herunterzukommen.

Da nach unseren Vorschlägen dem Sachwertbesitzer nur der Kapitalertrag — dieser aber 100%ig — verbleibt, den er über die Sachwert-ertragssteuer hinaus erwirtschaftet, wird er gerade durch den gerechten Lastenausgleich veranlaßt, seine werbenden Anlagen richtig in Schwung zu setzen. Hierfür — und nur hierfür — wird er voll belohnt. Der Lastenausgleich mindert also nicht die Summe der uns angebotenen Güter, sondern vermehrt sie. Er steigert die Leistung der Volkswirtschaft und erhöht das Sozialprodukt.

Die Belastung der Sachwerte kann selbstverständlich nicht so durchgeführt werden, daß die ausgesprochenen Belastungen sofort fällig werden. Ein solches Verfahren wäre finanzpolitisch völlig sinnlos und wirtschaftlich schädlich. Der größte Teil der Sachwerte würde auf diese Weise auf den Markt getrieben, wo keine Käufer in diesem Umfang vorhanden sein können, also eine allgemeine Entwertung der Sachwerte eintreten müßte. Bei den

vorgesehenen langfristigen Tilgungsquoten handelt es sich in der Hauptsache um eine Belastung der Erträge, weshalb auch als Bewertungsgrundlage für die Belastung die Ertragswerte angesetzt werden müssen. Die Erträge fließen aber immer aus den vorhandenen Sachwerten, wobei es für den Geschäftsgang des Betriebes gleichgültig ist, in welche Tasche diese Erträge fließen. Nicht gleichgültig ist es selbstverständlich für den Inhaber der Sachwerte, die auf drei Viertel ihrer Erträge zugunsten des Liquidationsamts verzichten müssen. Keinesfalls kann durch diese Form der Belastung eine Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Ablaufs eintreten.

Jede andere Lösung, die nicht die gesamte Vergangenheit vollständig liquidiert, wird im Gegenteil darauf hinauslaufen, daß auch diejenigen, die jetzt glauben, sich noch schützen zu können, einen schwereren Schaden im Laufe der Zeit werden auf sich nehmen müssen, als ihnen jetzt rechtens zugemutet wird. Denn was nützt es, diese Fragen zu vertagen, um vermeintlich das bis jetzt durch Zufall Gerettete weiter erhalten zu können, wenn der soziale Zündstoff, der hier angehäuft ist, zur Explosion kommt und das soziale Gefüge sprengt? Was nützt es, wenn man formal etwas erhält, was tatsächlich nach Lage der Dinge nicht zu halten ist, wenn von dieser ungelösten Frage vor allem weiterhin die ständige Bedrohung unseres Wirtschaftslebens ausgeht, durch die bange Frage jedes wirtschaftenden Menschen, vom kleinen Handwerker bis zum Großindustriellen: Was kommt noch? Die Furcht vor dem, was aus den ungelösten Fragen noch kommen kann, verursacht schwerere Schäden in der Wirtschaft als die schmerzliche, am Ende wohlthuende Operation. Versuchen wir, den Lastenausgleich Stück um Stück zu lösen, indem wir ein Wohlfahrtsamt neben dem anderen errichten, die durch das Schicksal getroffenen Menschen überdies noch in die entwürdigende Rolle des von Ämtern abhängigen Almosenempfängers zu treiben, ohne die einzigen Quellen zum Fließen zu bringen, die für den gerechten Ausgleich verfügbar sind, dann wird sich eine neue Steuer an die andere reihen und schließlich aus der Unerfüllbarkeit der Forderungen wohl wiederum der Ausweg gesucht werden, mit der Notenpresse neues Unheil anzurichten.

Um unserer Zukunft willen muß der Lastenausgleich auf einem solchen Weg gefunden werden, der die vom Schicksal Geschlagenen, die Kranken und Alten und die Hinterbliebenen des Krieges ausreichend und würdig versorgt, ohne daß sie das Gefühl bekommen, Bettler zu sein; es muß ein Weg gefunden werden, der die Fundamente unserer arbeitsteiligen Wirtschaft, unseres sozialen und politischen Lebens, die Währung, unangetastet läßt, der die aufbauende Politik einer freien Wirtschaft und eines freien Lebens ermöglicht, wo jeder Mensch, der arbeiten will und arbeiten kann, sich das zu erwerben vermag, was für seinen Unterhalt und für seinen Wohlstand erforderlich ist.

## D.

**FINANZREFORM MIT RADIKALEM STEUERABBAU**

Mit einem sozial gerechten Lastenausgleich ist der Weg geöffnet für die so dringend notwendige gründliche Steuerreform. Die steuerlichen Erleichterungen, die im Zuge der Einführung der D-Mark verkündet wurden, sind unzulänglich; denn im Grunde werden die alten Verfahren beibehalten. Wenn aber die Vergangenheit finanziell und wirtschaftlich vollständig liquidiert ist, dann können wir die Vielfalt der Steuergesetzgebung vereinfachen und die Steuern allgemein radikal abbauen.

Nach den Steuerermäßigungen durch das Gesetz Nr. 64 wird bei vorsichtiger Schätzung die öffentliche Hand am Sozialprodukt mit mehr als 50 % beteiligt sein. Die Steuerlasten werden mit Recht für die Dauer als großer Hemmschuh für die Entwicklung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens empfunden. In dem zerschlagenen Deutschland muß größte Sparsamkeit erste Pflicht der öffentlichen Verwaltung sein. Der Übergang zu einer vollständig freien Wirtschaft wird das Aufgabengebiet des Staates beträchtlich einschränken und damit auch dessen Ausgaben. Die Übernahme der Liquidation der Vergangenheit auf das Liquidationsamt durch die abschließenden Maßnahmen nach unseren Vorschlägen werden die finanziellen Aufgaben des neuen Deutschland auf einen Bruchteil der bisherigen zurückschrauben. Die freiwerdenden Kräfte werden von einer Wirtschaft, die nach den vorgeschlagenen Prinzipien geführt wird, störungslos aufgesogen und zur Steigerung des Sozialprodukts, statt zu dessen Beschränkung beitragen.

Die Finanzverwaltung des neuen Staates schrumpft auf folgende drei Aufgaben zusammen:

1. Es sind nur noch die Aufgaben zu finanzieren, die bei sparsamster Verwaltung und Beschränkung der Staatsaufgaben auf das unerläßliche Mindestmaß auf die Dauer erwachsen;
2. die Verzinsung der neuen Staatsschuld von 50 bis 80 Mrd. DM zugunsten des Liquidationsamts;
3. die Besatzungskosten.

Hier bietet sich die günstige Gelegenheit, mit

einer gründlichen Finanzreform die Steuerpolitik auf die Dauer von dem Wust zu befreien, der in mehr als 30 Jahren aufgetürmt worden ist und in jedem einzelnen Falle eine überaus zähe Lebenskraft bewiesen hat. So wird der Weg frei für die Durchführung des Vorschlages unserer Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“, im Bereich der Finanzverwaltung sämtliche Steuern bis auf die Einkommensteuer der Personen und der Körperschaften abzubauen. Dazu heißt es in der Denkschrift:

*Diese Forderung klingt heute angesichts der unübersehbaren Steuerarten vermessen und auf den ersten Blick hin undurchführbar. Es kann aber nicht übersehen werden, daß sämtliche Steuern, mögen sie heißen wie sie wollen und erhoben werden, wo sie wollen, aus dem Einkommen, d. h. aus dem Sozialprodukt bezahlt werden, auf das sie immer abzurwälzen sind. Die bisherigen Steuern sind alle nur scheinbar andere Steuern, das vorgeschlagene einfache Verfahren schafft jedem einzelnen völlige Klarheit darüber, was ihn der Staat kostet, räumt mit der Verschleierung auf, spart Erhebliches an Kosten und Arbeit und nimmt vor allem viel Sand aus unserer Wirtschaftsmaschine, die es heute nötiger denn je hat, reibungslos und sicher zu laufen.*

Diese einfache, übersichtliche Steuerpolitik für Gegenwart und Zukunft macht auch den letzten Mann im Staate zum wachsamem Kontrolleur darüber, daß die staatlichen Organe ihre Pflicht so erfüllen, wie es das Volk fordern kann. Die Durchführung dieser Politik ist gebunden daran, daß das Liquidationsamt die gesamte Vergangenheit finanziell liquidiert und eine aktive Wirtschaftspolitik alle vorhandenen Kräfte und Mittel verwendet, um auf den aus der Katastrophe verbliebenen schmalen Grundlagen ein gesichertes Dasein aufzubauen. Mit dieser Steuerpolitik aber ist ein Fortschritt erzielt, der die mit der Liquidation der Vergangenheit zusammenhängenden harten Maßnahmen auf die Dauer zu einem beträchtlichen Teil ausgleicht. Eine Berechnung auf lange Sicht zeigt sogar, daß gerade hier in der Zukunft mehr gespart werden wird, als jetzt unter dem harten Zwang der Tatsachen um unserer Zukunft willen beglichen werden muß.

## E.

**ÜBERWINDUNG DER WOHNUNGSNOT**

In unserm zinsbedingten Wirtschaftssystem herrscht stets eine relative Wohnungsknappheit, da dem Wohnungsbau die Grenze nicht im Bedarf der Wohnungssuchenden und in der Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft gezogen ist, sondern in der Möglichkeit, den üblichen Zins neben den Instandhaltungskosten und der Abschreibung für das Wohnungsbaukapital herauszuwirtschaften.

Nach dem ersten Weltkrieg hat sich diese relative Wohnungsknappheit bereits zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, die auch Ende 1939 noch nicht beseitigt war, weil die Wohnungszwangswirtschaft seit dem ersten Weltkrieg den Wohnungsbau beträchtlich gehemmt hatte. Nun hat aber durch die

Zerstörungen im Krieg und durch den Zustrom der Ausgewiesenen aus dem Osten die Wohnungsnot einen solchen Umfang angenommen, daß rasches und gründliches Handeln dringend geboten ist.

In der deutschen Wirtschaft herrscht als Folge des Krieges und der Zerstörungen allgemein ein großer Sachkapitalmangel, der sich besonders deutlich auf dem Gebiet des Häuserkapitals ausprägt.

Neben dieser rein volkswirtschaftlichen Seite ist aber die Wohnungsnot eine soziale Frage allererster Ordnung, und besondere Maßnahmen sind hier geboten, um sie zu überwinden. Davon kann aber nach dem, was bis jetzt in Deutschland zu diesem Gegenstand unternommen worden ist, kaum



die Rede sein. Selbst ausgeprägte Anhänger einer freien Wirtschaft resignieren vor dem Wohnungsproblem, indem sie feststellen, daß der Baukostenindex auf 300 % gestiegen sei, die Baukosten und ihre Verzinsung keinesfalls aus den Mieten gedeckt werden könnten. Sie weisen auf Wohnraumsteuern, staatliche und gemeindliche Zuschüsse sowie auf finanzpolitische Tricks, um dem Problem beizukommen. Diese Lösungsversuche sind indes zum Scheitern verurteilt und trüben außerdem das Bild. Wenn die Mieten künstlich niedrig gehalten werden und dafür Hausbesitz und Neubautätigkeit subventioniert werden müssen, so werden eben die Differenzen zwischen niedriger Miete und höheren Aufwendungen für Baukosten, Verzinsung und Tilgung vom Staat, d. h. vom Steuerzahler, getragen, so daß nur scheinbar eine niedrigere Miete, tatsächlich aber eine noch höhere gezahlt wird, weil das Verfahren des staatlichen Eingriffs ungleich teurer kommt. Es ist bezeichnend, daß bis jetzt unseres Wissens nur ein maßgebender Mann es gewagt hat, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues der freien Wirtschaft das Wort zu reden.

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Dr. Otto Fricke erklärt in der Zeitschrift „Die Bauwirtschaft“ vom 1. August 1948 dazu folgendes: „Ohne eine zunehmende und zielbewußte Wiederherstellung der Grundsätze der Marktwirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und überhaupt des Bauwesens wird eine gesunde privatwirtschaftliche Entwicklung nicht möglich sein.“ Wir sind in diesem Punkte der gleichen Meinung und reden einer Freigabe der Wohnungszwangswirtschaft das Wort, wobei wir bei der besonderen Lage auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes besondere Maßnahmen treffen wollen, die schwächend auf die Nachfrage nach Wohnraum und stärkend auf das Angebot von Wohnraum und fördernd auf den Wohnungsbau wirken. In unserer Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ heißt es hierzu:

1. Nach einer Frist von etwa drei bis sechs Monaten wird die gesamte Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben. Die zwischen Mieter und Vermieter abgeschlossenen Mietverträge bleiben in Kraft. Jeder Mieter und jeder Vermieter hat das Recht, das Mietverhältnis zu dem im Vertrag vorgesehenen Termin in der vereinbarten Frist wirksam zu kündigen. Wo kein Mietvertrag besteht, oder der Mietvertrag abgelaufen ist, kann jedes Mietverhältnis mit einer Frist von drei Monaten wirksam gelöst werden.

2. Die Mietpreisbildung ist frei. Jeder neugeschlossene Mietvertrag ist verbindlich und genießt rechtlichen Schutz.

3. In jedem Stadt- und jedem Landkreis werden die bestehenden Wohnungsämter in Wohnungsausgleichsämter umgewandelt.

Die Wohnungsausgleichsämter haben folgende Aufgabe:

a) Sie erstellen eine Wohnraumstatistik ihres Kreises und stellen den Wohnraum je Person der in ihrem Bereich wohnenden Bevölkerung fest.

b) Sie erheben von allen Mietern, die mehr Wohnraum beanspruchen als den festgestellten durchschnittlichen Satz, einen Zuschlag, der mit steigendem Wohnraum progressiv gestaffelt ist. Die Wohnungen der Hausbesitzer im eigenen Haus werden nach der ortsüblichen Miethöhe abgeschätzt und der gleiche Zuschlag darauf erhoben. Diese Sonderabgabe wird Mietausgleich genannt.

c) Die als Mietausgleich einkommenden Beträge werden nicht der öffentlichen Hand zugeführt, sondern unter Abzug eines geringen Verwaltungskostensatzes als Mietausgleich an alle diejenigen bezahlt, die weniger Wohnraum in Anspruch nehmen als der festgesetzte durchschnittliche Satz des betreffenden Kreises.

d) Der Mietausgleich ist unabhängig von den sonstigen Verhältnissen des Wohnungsinhabers zu erheben und zu bezahlen.

e) Die Bautätigkeit ist so frei und behördlich unbehindert wie nur möglich zu lassen. Der Mietausgleich wird bei Neubauwohnungen nicht erhoben und nicht bezahlt.

f) Die Wohnungsausgleichsämter werden mit einer Frist von drei Monaten aufgelöst, wenn an den deutschen Börsen fünfprozentige Hypothekenspiandbriefe zu pari gehandelt werden.

g) Für die Ausgewiesenen sind besondere Übergangsmaßnahmen zu treffen. Die heute im Gegensatz zur Knappheit des Wohnraums so niedrigen Mieten wirken dahin, daß jeder seinen Wohnraum mit allen erlaubten und oft auch mit unerlaubten Mitteln so lange und so stark wie möglich verteidigt.

Mit diesen Maßnahmen werden die Mieten zweifellos - bei sonst gleichbleibenden Preisen - ansteigen<sup>\*)</sup>. Das ist bei dem ungeheuren Mangel an Wohnraum nicht anders zu erwarten. So wird hier von der Kostenseite her auf viele Mieter geräumiger Wohnungen ein Druck zum Zusammenrücken ausgeübt. Sie werden der Kosten wegen ihren Wohnraum gerne mit anderen teilen. Die Mietpreiserhöhung gibt auf der anderen Seite den Anreiz, beschädigte Wohnungen instand zu setzen und neue zu bauen, wodurch dann der Wohnraum vermehrt und die Mieten gesenkt werden. Volkswirtschaftlich ausgedrückt: bei Kapitalvermehrung sinkt der Zins. Verstärkt wird der finanzielle Druck noch dadurch, daß die Kreise und Städte auf die hohen Mieten noch einen progressiv gestaffelten Mietausgleich erheben für alle diejenigen, die mehr Wohnraum für sich beanspruchen, als der durchschnittlichen Quote entspricht. Der Druck zum Zusammenrücken kann durch Erhöhung des Mietausgleiches so gesteigert werden, bis auch die wenigen Menschen mit sehr hohen Einkommen nachgeben müssen. Wer aber weniger Wohnraum innehat als die Durchschnittsquote ausmacht, erhält einen Zuschuß aus dem Mietausgleich, so daß für ihn die erhöhte Miete tragbar wird. Es ist nicht die Absicht dieses Vorschlages, die Mieten zu erhöhen, sondern die aus wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Gründen unhaltbaren Zustände in unserem Wohnungswesen so schnell wie möglich zu überwinden. Das wird durch die Verwirklichung dieser Forderung erzielt, indem zunächst die Menschen freiwillig und ohne behördlichen Zwang so eng wie möglich zusammenrücken und — was entscheidend ist — durch die hohen Mieten der Wohnungsbau stärker gefördert wird, als dies durch irgendwelchen behördlichen Druck geschehen kann. Schließlich aber läßt sich die Wohnungsnot nur durch Wohnungsbau überwinden, und der setzt nach diesen Maßnahmen sicher ein; mit jeder neuerstellten Wohnung aber wird die Miethöhe gesenkt, denn Kapitalbildung senkt den Zins. So ist auch die Klausel zu verstehen, daß dann, wenn fünfprozentige Piandbriefe zu pari abgesetzt werden können, der Mietausgleich in Wegfall kommt. Denn dies besagt, daß der Zinsfuß im Lande wieder auf die im zinswirtschaftlichen System normale Höhe zurückgegangen ist, der besondere Kapitalmangel also beseitigt ist und nur noch der relative besteht. Dieser Zinssatz zeigt an, daß die für die Zinswirtschaft als normal anzusehende Versorgung

<sup>\*)</sup> Der Hausbesitz wird dabei kein großes „Geschäft“ machen können, da die Belastung mit ihrer hohen Verzinsung zugunsten des Liquidationswertes den wesentlichen Teil der Einnahmen wegnimmt.

eingetreten ist und auf diese Sondermaßnahme verzichtet werden kann.

Dieser Vorschlag war bereits in unserm „Sofortprogramm zur Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Kriegsfolgen“ von 1944 enthalten und ist der Öffentlichkeit bereits Ende 1945 zugegangen. Er stieß zunächst durchweg auf schärfste Ablehnung, hat aber nach und nach sowohl aus Kreisen der Mieter- als auch der Hausbesitzervereinigungen lebhaftere Zustimmung gefunden. Nachdem mit der teilweisen Befreiung der Wirtschaft aus bürokratischen Fesseln seit dem 20. Juni 1948 so überragende Erfolge erzielt worden sind, wird wohl auch der Mut gewachsen sein, den Schritt zu wagen, die Wohnungszwangswirtschaft aufzuheben.

Ein Wagnis ist im übrigen damit nicht verbunden, da die erwarteten Folgen mit Sicherheit eintreten werden. Alle staatlichen und halbstaatlichen Mittel werden gegenüber der Wohnungsnot versagen, wenn nicht in einer freien Wirtschaft der Kapitalstrom dem aus den tatsächlichen Bedingun-

gen gegebenen Zinsgefälle folgt. Darüber hinaus wird der Mietausgleich verstärkend in dieser Richtung wirken. Außer acht gelassen ist hierbei noch die Tatsache, daß Erfinder und Konstrukteure schon sehr viel Vorarbeit geleistet haben, um billigere und wirtschaftlichere Bauweisen einzuführen. Gerade eine Freigabe in der vorstehenden Form wird ihnen ein weites und reiches Gebiet für ihre Ideen und ihren Tätigkeitsdrang gewähren. Ermutigend wirkt auch die Tatsache, daß gerade auf dem Gebiete der Baustoffe die Erzeugung seit dem 20. Juni besonders stark gestiegen ist.

Die Bedeutung des Wohnungsproblems liegt auf der Hand. Die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, die seit 1918 diesen wichtigen Teil der Wirtschaft behindert, ist aus wirtschaftlichen, sozialen und moralischen/Gründen ein dringendes Gebot. Mit der Wohnungszwangswirtschaft werden auch die unerträglichen Quälereien und Behinderungen der Menschen mit Zuzugsgenehmigungen, Aufenthaltsbedingungen usw. verschwinden und die Freizügigkeit zunächst einmal im eigenen Land völlig hergestellt werden.

## F.

### EINLEITUNG EINER BODENRECHTSREFORM

Das Fundament der arbeitsteiligen Wirtschaft ist die Währung. Eine aktive Währungspolitik nach den Grundsätzen des Teiles B der vorliegenden Denkschrift hängt von einem sozial gerechten und wirtschaftlich sinnvollen Lastenausgleich (Teil C), einer Finanzreform (Teil D) und von der Überwindung der Wohnungsnot (Teil E) funktional ab.

Bei der Überwindung der Wohnungsnot ist die Verbindung zur Frage der Bodenrechtsreform hergestellt. Das Rechtsverhältnis des Menschen zum Grund und Boden ist von gleicher fundamentaler Bedeutung wie die Währungsordnung. Im Zuge der sozialen Neuordnung muß aus den gegenwärtigen Tatsachen heraus auch diese Frage einer gründlichen Lösung zugeführt werden.

Für alle Menschen besteht eine unmittelbare Abhängigkeit vom Besitz an Grund und Boden. Alles, was wir zum Leben brauchen, zum Essen, Trinken, Wohnen und Kleiden, entstammt dem Boden und seinen Schätzen. Um die Bodenfrage ist es in der Geschichte der Kultur noch nie ruhig geworden. Immer wieder drängte sie, oft unter revolutionären Ausbrüchen, zu einer Lösung. Auch in der deutschen Gegenwart ist die Bodenfrage wieder in den Vordergrund getreten. Besonders dringlich ist sie geworden durch den Strom der Ausgewiesenen aus dem Osten, die eine wirkliche Heimat hier finden sollen, und durch die Zerstörung unserer Städte, deren Wiederaufbau ohne Eingriff in die geltenden Bodenrechtsverhältnisse nicht denkbar ist. Wir sollten aber auch die Frage der Flüchtlinge und der zerstörten Städte hier nicht isoliert betrachten, sondern ganze Arbeit leisten und das Bodenproblem als solches anfassen und in dieser Stunde zur Lösung bringen. Scheinbare Lösungen sind bereits vollzogen worden oder bahnen sich an. In der Ostzone hat man im Gegensatz zu

den innerrussischen Verhältnissen die großen Güter zerschlagen und in viele kleine aufgeteilt. Damit wurde aber das Bodenproblem nicht im Kern gelöst, sondern das Übel vervielfältigt, weil ja noch mehr Bodenbesitzer jetzt dort vorhanden sind als vordem. In den Westzonen beschränkt sich die Bodenreform auf die Überführung von gewissen Bodenteilen in die Hand neuer Besitzer oder zur Freigabe für Siedlungszwecke oder zu Eingriffen in Bodenrechtsverhältnisse zum Wiederaufbau zerstörter Städte. Die vollzogenen und angestrebten Lösungen sind teils schädlich, teils wirkungslos oder vermehren das Übel.

Wir schlagen dazu vor, als Körperschaft des öffentlichen Rechts eine Deutsche Bodenverwaltung zu schaffen, die selbständig nach Stadt- und Landkreisen dezentralisiert, jedoch nach einheitlichen Grundsätzen arbeitet. Die Deutsche Bodenverwaltung übernimmt sämtlichen Grundbesitz der öffentlichen Hand, ferner Kasernenanlagen, Truppenübungsplätze, Barackenlager usw. Ferner übernimmt sie den etwa aus der Regelung der inneren Kriegslasten anfallenden total zerstörten Grundbesitz. Die Deutsche Bodenverwaltung soll den übernommenen Grundbesitz vermieten, verpachten oder mit Wohngebäuden bebauen lassen. Sie kann auch Gebäude und Baracken verkaufen, sie kann auch Grund und Boden zur landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Nutzung oder für private Bautätigkeit verpachten, aber sie darf grundsätzlich kein Stück Grund und Boden verkaufen oder verpfänden. Für allen durch Erbgang oder durch Verkauf freiwerdenden Boden ist die Ankaufspflicht der Deutschen Bodenverwaltung zu setzen.

Der deutsche Boden soll in einer neuen Form für immer unveräußerliches soziales Eigentum sein,

dessen Erträge (Grundrente) keiner privaten Bereicherung mehr zufließen dürfen.

Im einzelnen haben wir diese Forderung in unserem „Ruf zur Freiheit“ Nr. 2 „Bodenreform — aber gründlich“ dargelegt. Sie zielt darauf ab, den freien Zugang zum Grund und Boden für jedermann zu schaffen und verwirklicht demnach für die Flüchtlinge ihre Gleichberechtigung gegenüber dem Grund und Boden, wodurch sie nicht nur dem Namen, sondern auch der Sache nach gleichberechtigte Bürger unseres Landes werden. Damit werden auch die Voraussetzungen für einen großzügigen

Aufbau der zerstörten Städte geschaffen, wie sie beispielsweise in den Vorschlägen von Prof. Dr. Hans Bernoulli, Basel, ihren Ausdruck finden. Mit der Bodenrechtsreform wird auch der Bauer vor den unverschuldeten Fährnissen des Lebens auf seinem Boden gesichert, so daß er gerade durch Aufhebung des Bodeneigentums (gegen volle Entschädigung) erst zum freien Mann auf Grund und Boden wird. Neben der Währungsreform als erstem wird mit der Bodenrechtsreform der zweite feste Pfeiler unserer neuen sozialen Ordnung sicher gesetzt.

## G.

### FREIHANDEL

Auf den beiden Grundpfeilern einer aktiven Währungs- und Wirtschaftspolitik (Teil B) mit einer gründlichen Bodenrechtsreform (Teil F) kann die neue soziale Ordnung in Westdeutschland aufgebaut werden unter der Voraussetzung, daß zur Sicherung dieser neuen Sozialordnung in Freiheit die Liquidation der finanziellen und wirtschaftlichen Vergangenheit durch einen gerechten Lastenausgleich durchgeführt wird, eine Finanzreform die Steuerpolitik vereinfacht und erträglich macht, die Wohnungsnot als Sonderfall innerhalb des deutschen Wirtschaftsgefüges mit den vorgeschlagenen Maßnahmen angegriffen wird. Die Gesamtheit dieser ineinandergreifenden sich gegenseitig ergänzenden Maßnahmen beziehen sich auf die Gestalt der innerdeutschen Wirtschaft.

Der Aufbau einer neuen sozialen Ordnung auf den beschränkten Raum Westdeutschlands bleibt aber unvollkommen, solange diese Wirtschaft nicht fest mit der Wirtschaft der Welt verbunden wird. Kein Land der Welt, auch nicht die USA und das weltumspannende britische Empire, können jemals autark sein, noch kann es dem Zusammenleben der Völker dienen, wenn irgendein Land nach Autarkie strebt oder in der Abgeschlossenheit verkümmert. Zu den grundsätzlichen Menschenrechten gehört die Freizügigkeit von Menschen, Waren, Diensten, Geld, Kapital und Nachrichten.

Es steht nicht in unserer Hand, diese international zu verwirklichen, wohl aber können wir gerade aus unserer besonderen Lage heraus einen ersten, vielleicht entscheidenden Schritt in dieser Richtung tun, wenn Westdeutschland von sich aus diese Rechte des Menschen verkündet.

In unserer gegenwärtigen Situation kommt es in erster Linie darauf an, daß wir von uns aus zum Freihandel übergehen.

Gegenwärtig werden unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen durch die JEIA, eine Einrichtung der Besatzungsmächte, geregelt. Die JEIA arbeitet nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten nach der Art eines Außenhandelsmonopols. Diese Methoden müssen fallen. Es mehren sich auch im Lager der Alliierten die Stimmen, die auf eine Befreiung des Handels hinzielen. So hat der Präsident der Marshall-Hilfe (ERP), Hoffman, in Paris im Juli 1948 geäußert, „dem freien Austausch von Waren, Diensten und Menschen müsse in Westeuropa beson-

dere Aufmerksamkeit gewidmet werden“. Wir Deutsche haben aber, unabhängig von Partei- oder Standesinteressen, für eine Befreiung der Außenhandelswirtschaft mit aller Entschiedenheit einzutreten, denn aus dieser Befreiung können keine trennenden, wohl aber die Welt befriedende Tendenzen hervorgehen. Wir unterstreichen deshalb hier mit besonderem Nachdruck die Forderungen, die wir in unserer Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ zu diesem Gegenstand erhoben haben:

*Wir schlagen deshalb vor: Nach der Währungsvereinbarung, der Finanzordnung und der beginnenden Bodenreform die Grundlagen für eine Außenhandelspolitik zu schaffen, die uns das Höchstmögliche an Warenaustausch mit der Welt sichert und Reibungsflächen vermeidet: den Freihandel.*

*1. Sämtliche Einfuhrzölle auf ausländische Erzeugnisse sind abzuschaffen, ebenso die Ausfuhrzölle und Ausfuhrverbote auf unsere eigenen Erzeugnisse, ohne Rücksicht darauf, ob das Ausland diese Maßnahmen mit den gleichen beantwortet.*

*2. Freier Wechselkurs für unsere neue \*Mark, Abbau der Devisen-Zwangswirtschaft.*

*3. Auf alle eingeführten Verbrauchsgüter sind bewegliche Lenkungssteuern (keine Zölle) zu erheben. Die Lenkungssteuern werden in gleicher Höhe auf die gleichen inländischen Waren gelegt, damit sie nicht wie Zölle wirken. Das Aufkommen von Lenkungssteuern wird dem Liquidationsamt übertragen. Die Lenkungssteuern werden aufgehoben, wenn festverzinsliche sechsprozentige Wertpapiere zu pari an den deutschen Börsen untergebracht werden können.*

*Die Durchführung dieser revolutionären Forderung schaltet Deutschland friedlich in die Weltwirtschaft ein und lenkt nur vorübergehend die Einfuhr, damit nicht durch übermäßige Verbrauchsgüterimport der eingangs festgestellte Kapitalmangel noch weiter verschärft wird.*

*Mit der Währungsvereinbarung wird unsere Währung wieder einen Kurs erhalten, der dem entspricht, was man in Deutschland an Waren mit dieser Mark kaufen kann. Damit ist die zwischenstaatliche Gleichberechtigung aller Käufer und Verkäufer auf dem deutschen Markt hergestellt und wir werden nach dem Wirtschaftsgefüge Kapitalzufuhr und Fertigwarenausfuhr zum Segen aller Beteiligten tätigen können.*

Diese Formulierung war bereits in unserem Sofortprogramm zur finanziellen und wirtschaftlichen Überwindung der Kriegsfolgen von 1945 enthalten, und wir haben diese Forderung seit 1945 in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder erhoben. Zunächst wurde ihr wenig Bedeutung beigemessen,



aber im Laufe der Zeit hat sie mehr und mehr Zuspruch erfahren. So hat die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“ in ihrer ersten Hattenheimer Resolution vom Juni 1948 gefordert:

*Wirtschaftspolitisch verzichten wir auf Protektionismus, d. h. auf jede Behinderung von Mensch, Gut, Kapital. Wir erhoffen die gleiche Erkenntnis dieser Notwendigkeit in der Welt. Unser eigener Entschluß ist jedoch hiervon unabhängig. Andererseits verlangen wir die Wiederherstellung unserer wirtschaftspolitischen Autonomie sowie die Zulassung zu freiem Wettbewerb auf den Märkten der Welt.*

Unter den gegenwärtigen Umständen müssen wir besonders Punkt 2 hervorheben, worin wir den freien Wechselkurs für die D-Mark fordern. Es wird seit langem darüber verhandelt, ein festes Verhältnis der D-Mark zum Dollar auf der Basis 3 DM = 1 Dollar für den Außenhandel zustandezubringen. Ein fester Wechselkurs der Mark zum Dollar könnte nur zufällig richtig sein, wird aber wechselnd zu einer schweren Daumenschraube entweder für die Ausfuhr oder für die Einfuhr. Wenn wir den festen durchschnittlichen Preisstand (Indexwährung) in Deutschland währungspolitisch sichern, dann wird dieser Wechselkurs entweder zu hoch

oder zu niedrig sein, im einen Falle die Ausfuhr, im anderen die Einfuhr benachteiligen.

Dann wird nach Exportsubventionen gerufen oder die Preissteigerungen von Auslandswaren werden Anlaß sein, die Reglementierung zu fordern. In beiden Fällen wird die Entwicklung einer freien Wirtschaft entscheidend gehemmt. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn an verantwortlicher Stelle geglaubt wird, das Verhältnis 3 DM = 1 Dollar, sei richtig, weil von hier aus eine Bändigung des deutschen Preisstandes erfolgen könne. Der innere Preisstand wird ausschließlich durch die Währungspolitik, die im eigenen Land betrieben wird, bestimmt. Wenn also Preissteigerungen in Deutschland aus währungspolitischen Gründen eintreten, so wird bei einem freien Wechselkurs dadurch der Export verteuert und gelähmt, der Import künstlich verbilligt und gefördert. Der freie Wechselkurs allein bietet die Gewähr für einen Ausgleich auf Grund der tatsächlichen gegenseitigen Leistung. Er gibt dabei Methoden und Wege, die nicht störend in das wirtschaftliche Getriebe eingreifen. Wir verweisen in dieser Beziehung auf unsere Denkschrift „Indexwährung im Marshallplan“<sup>\*)</sup>, in welcher entsprechende Vorschläge dafür entwickelt werden.

## UNSERE VERANTWORTUNG

Von uns Deutschen werden noch im Laufe des Jahres 1948 schwere Entscheidungen verlangt, die eine neue soziale Ordnung zum Ziele haben müssen. Es kommt dabei darauf an, das mit der Einführung der D-Mark unzulänglich begonnene Werk von Fehlern und Irrtümern zu befreien, die ergänzenden Voraussetzungen besonders im Lastenausgleich und dem Steuerabbau zu schaffen. Auf den beiden Grundpfeilern jeder Lebensordnung, einer durch aktive Währungspolitik reibungslos funktionierenden Arbeitsteilung und einem sozialen Bodenrecht, müssen wir eine neue soziale Ordnung errichten, die sich durch ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit unter der Bedingung der sozialen Gerechtigkeit auszeichnet und nach außen durch den Freihandel auf alle Vorrechte verzichtet, den freien Wettbewerb auf allen Märkten international herstellt. Die Verwaltung für Wirtschaft, der Wirtschaftsrat, die Länderbank und die Landeszentralbanken, die Länderregierungen und die Parteien tragen nach außen die Verantwortung für Form und Inhalt der hierzu erforderlichen Gesetzgebung.

Zur Lösung der gestellten Aufgaben sind jedoch die durch die Parteipolitik gezogenen Zäune zu eng. Es handelt sich nicht darum, irgendwelche Teilprobleme innerhalb der deutschen Wirtschaftspolitik nach diesen oder jenen Interessen zu entscheiden, sondern darum, eine neue soziale Ordnung zu schaffen, in der das ganze Volk leben muß und leben wird. Infolgedessen müssen die Parteien sich in dieser Frage parteipolitischer Doktrinen entledigen, die Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Wirtschaftsverbände, die führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Einsichtigen aus allen Schichten des Volkes müssen sich zusammen-

finden, um in dieser entscheidenden Frage für die deutsche Zukunft die Prüfung der Gegenwart zu bestehen. In der Frage der sozialen Neuordnung ist die wissenschaftliche Erkenntnis soweit fortgeschritten und durch vielfältige Erfahrungen bestätigt, daß es nicht mehr erlaubt sein kann, einer anderen Meinung zu sein, als diesen Erkenntnissen zu folgen, die zentralen Fragen nach einer Lösung der Währungsfrage und des Bodenrechts haben ein Stadium erreicht, in welchem der Irrtum ebensowenig erlaubt ist, wie etwa darüber, ob zweimal zwei vier ist oder nicht. Eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit kann nur noch darin bestehen, ob man den Menschen die persönliche Freiheit gewährt, ihr Zusammenleben nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit, also der sozialen Gerechtigkeit, anerkennt oder den Menschen dafür bestimmt hält, von anderen Menschen durch kollektiven Zwang zu einem willenlosen Werkzeug einer seelenlosen Apparatur herabgewürdigt zu werden.

Die Frage nach einer neuen sozialen Ordnung ist beim heutigen Stand der wissenschaftlichen Forschung und Erfahrung keine Frage mehr des Könnens, sondern nur noch eine Frage des Willens. Die Situation nach dem zweiten Weltkrieg hat uns die große Chance gegeben, zu einer neuen sozialen Ordnung in Freiheit vorzustoßen, die Mittel, sie zu schaffen, stehen bereit, es kommt darauf an, sie anzuwenden, die vorhandenen Erkenntnisse und Einsichten zur Grundlage zielbewußten Handelns zu machen.

<sup>\*)</sup> „Indexwährung im Marshall-Plan“, Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes, gerichtet an Präsident Truman und Außenminister Marshall (deutsch und englisch), erschienen im Freiheit-Verlag, Heidelberg, Verfasser Prof. Dr. O. v. Plotho, Vertrieb durch Bundesverlag, Heidelberg, Schließfach 340, 1,50 DM.

## ANHANG

### Stimmen zur Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“

Im August 1947 hat der Freiwirtschaftsbund seine Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ an den Alliierten Kontrollrat eingereicht und den deutschen Regierungen aller Länder, den Abgeordneten aller Länderparlamente, den Landeszentralbanken, dem Wirtschaftsrat, den Landräten, Oberbürgermeistern, den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, den Gewerkschaften, allen Parteien und führenden Frauen und Männern des öffentlichen Lebens zugestellt mit der Aufforderung, sich mit den Vorschlägen auseinanderzusetzen und gegebenenfalls für deren Durchführung auf überparteilicher Grundlage einzutreten. Von den nahezu 6000 angeschriebenen Damen und Herren, Behörden, Ämtern und Organisationen haben mehr als 1000 geantwortet oder sind in eine Aussprache und Verhandlungen über den Gegenstand eingetreten. Von den Zuschriften sprachen sich etwa zwei Drittel positiv für die Durchführung der Vorschläge aus.

Der Freiwirtschaftsbund hat in etwa 250 Vorträgen in den drei westlichen Zonen, zum Teil auf Einladung von Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbänden den Vorschlag öffentlich bekannt gemacht, die Presse und die einschlägigen Zeitschriften mit der Denkschrift bedient, und auch über die Radiostationen Stuttgart, Frankfurt/M. und Bremen wurde die Denkschrift in mehreren Sendungen behandelt.

Ferner bildete die Denkschrift auch die Grundlage für wissenschaftliche Diskussionen, und schließlich waren die Vorschläge auch Gegenstand von Beratungen mit den zuständigen deutschen Regierungsstellen.

Nachstehend geben wir Auszüge aus einigen Zuschriften, Stellungnahmen, Resolutionen und Verhandlungen zur Unterrichtung über das Maß und die Kraft der Bewegung, die die Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ ausgelöst hat.

#### Presse

In der deutschen Presse ist eine Reihe von Besprechungen der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ erschienen, die sich im wesentlichen auf eine kurzgefaßte Wiedergabe unserer Vorschläge beschränkte. Abweichend hiervon hat die „Wirtschafts- und Finanzzeitung“, Frankfurt/M (Nr. 13/14 vom 9. Okt. 1947) eine sachlich unbegründete Kritik unter dem Titel „Waghalsiger Rettungsplan — Indexwährung und Wirtschaftsfreiheit“ aus der Feder des Chefredakteurs W. Kord-Ruwisch gebracht. Eine Auseinandersetzung mit diesen Auslassungen können wir uns jetzt ersparen, da die Ereignisse seit dem 20. Juni diese Kritik in allen wesentlichen Teilen durch die eingetretenen Tatsachen widerlegt haben.

Dagegen hieß es in der Zeitschrift „Bauwelt“ (Berlin-Tempelhof, Heft 39 vom 29. 9. 47):

„Jedenfalls hat aber die in knapper und gedrängter Fassung gehaltene Denkschrift das Verdienst, nicht nur in aufrüttelnder Form den Gedanken herausgestellt zu haben, daß nunmehr nachdrücklich gehandelt werden muß, um den Übergang aus der jetzigen hochgradigen Wirtschaftsstagnation in ein völliges Erliegen zu verhindern, sondern auch mit einem — sei es auch angreifbaren — so doch greifbaren, umfassenden und organisch konstruierten Gesamtvorschlag hervorgetreten zu sein, mit welchem sich nicht bloß die Männer der deutschen Wirtschaft und die gesamte deutsche Öffentlichkeit, sondern auch die Besatzungsmächte und namentlich der Kontrollrat, dem der Vorschlag ebenfalls unterbreitet wurde, zu befassen haben werden. An Intensität der Initiative wie auch an Strenge gegen uns selbst läßt der Vorschlag nichts zu wünschen übrig.“

#### Parteien, politische Organisationen und Gewerkschaften

Aus den Parteien, politischen Organisationen und Gewerkschaften war der Widerhall auf die Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ relativ am schwächsten. Die „Weltstaat-Liga“ hat unsere Denkschrift einer Studienkommission zugestellt, und die Liberaldemokratische Partei in Südbaden hat die Denkschrift der Landtagsfraktion und ihrem Wirtschaftsausschuß zur Begutachtung zugeleitet. Der Landesverband Schleswig-Holstein der CDU wünschte eine eingehende Darstellung unserer Forderungen, um seine örtlichen Verbände zu unterrichten und den Wirtschaftlichen Landesausschuß „zu veranlassen, in eine Beratung der von Ihnen angeschnittenen Fragen einzutreten“.

Der Abgeordnete des bayerischen Landtags Franz Michel schrieb am 29. Sept. 47: „... Ich muß sagen, ich war im ersten Augenblick überrascht über die großen, freizügigen Gedanken, habe aber die meisten bei eingehender Betrachtung als zweifellos für richtig erkannt. Ich würde mich freuen, wenn diese Ihre Vorschläge Gestalt annehmen würden und die ganze Wirtschaftsbürokratie über den Haufen geworfen würde. Es wäre vielleicht gut, wenn ein Kreis von interessierten Herren sich zusammensetzen könnte, um das-Bestmögliche herauszuholen ... Ich möchte nochmals betonen, im Grundsätzlichen gehe ich mit Ihnen einig und würde mich freuen, wenn die Sache wirklich baldigst zur Durchführung kommen würde.“

Der Abgeordnete des Wirtschaftsrats Alfred Krämer, Stuttgart, äußerte sich in einem Schreiben vom 17. Okt. 1947:

„Mich interessieren die von Ihnen gemachten Ausführungen insofern außerordentlich, als ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter des Wirtschaftsrats Frankfurt in nächster Zeit Gelegenheit haben werde, über alle die von Ihnen in der Denkschrift behandelten Gebiete sowohl in den Ausschüssen wie im Plenum des Wirtschaftsrats zu verhandeln und zu beraten. Dabei spielt in erster Linie die Beseitigung des Geldumlaufs und die Währungsvereinigung eine wesentliche Rolle ... In meiner Eigenschaft als Vorsitzender sowohl des Landesverbands Württ. Haus- u. Grundbesitzervereine als wie des Stuttgarter Haus- u. Grundbesitzervereins halte ich die von Ihnen aufgeworfene Frage, die insbesondere zunächst einmal den geschädigten Haus- u. Grundbesitz betrifft, für außerordentlich beachtenswert, denn greift sie doch in das Grundvermögen des Besitzers ganz gewaltig ein.“

#### Industrie- und Handelskammern und wirtschaftliche Verbände

Die Verbindung des Freiwirtschaftsbundes mit den Industrie- und Handelskammern und den Wirtschaftsverbänden hat bereits mit seiner Denkschrift „Die Warenmark als Brücke zur Währungsreform“ begonnen, ein Vorschlag, der die Zeit bis zur Währungsreform überbrücken sollte.

Als die neue Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ erschien, schrieb Dr. Hans Bolza, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Würzburg, am 17. Aug. 47:

„Wenn wir uns also wirklich bemühen sollten, an dem Problem mitzuarbeiten, so würde mich Ihre Meinung interessieren, welche Maßnahmen Sie oder die Gesamt-

heit der Kammern zu ergreifen gedenken, um den verantwortlichen Herren verständlich zu machen, daß die Währungsform das Kardinalproblem darstellt, hinter dem alle Jahrhundertfeiern, Ausstellungseröffnungen und sonstige Gelegenheiten für Wort und Trunk zurückzustehen hätten."

Zur Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ hat dann eine Reihe von Industrie und Handelskammern Stellung genommen und zu einem Teil für ihre Mitglieder eine beträchtliche Anzahl von Denkschriften nachbestellt. So hieß es in einem Schreiben der Industrie- und Handelskammer zu Bremerhaven vom 19. Januar 1948:

„Wir erhielten Ihre Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ und wären Ihnen dankbar, wenn Sie für die 20 Mitglieder unserer Kammer uns weitere 20 Abdrücke dieser u. E. sehr beachtenswerten Denkschrift zur Verfügung stellen würden, damit Ihre Vorschläge im Kreise unserer Kammer eingehend besprochen werden können.“

Die Handelskammer Hamburg schrieb am 28. Februar 1948:

„Die Handelskammer Hamburg hat Ihre Denkschrift mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Man hat hier als besonders positiv empfunden, daß die Vorschläge nicht nur das eine oder andere reformbedürftige Teilgebiet behandeln, sondern wirklich umfassend sind. Die einzelnen Programmpunkte stehen in innerem Zusammenhang und sind bereits so stark durchgearbeitet, daß sie unmittelbar Stoff für die praktische Diskussion geben können. Natürlich gehen unsere Auffassungen zum einen oder anderen Vorschlag etwas auseinander, aber auch dabei handelt es sich im wesentlichen nur um Fragen der praktischen Durchsetzbarkeit einzelner in Vorschlag gebrachter Maßnahmen. Die Grundtendenz Ihrer interessanten Arbeit erscheint uns durchaus förderungswürdig. Aus diesem Grunde möchten wir bitten, uns auch zukünftig über Ihre weiteren Arbeiten unterrichtet zu halten.“

Eine Reihe von Industrieverbänden hat die Denkschrift im Kreise ihrer Mitglieder weit verbreitet und zum Gegenstand von Besprechungen gemacht. So forderte die Fachgruppe Weinhandel und Weinkommissionäre in Neustadt (Haardt) unterm 2. Dez. 1947 drei weitere Exemplare der Denkschrift an und schrieb dazu:

„Von dem Inhalt haben wir mit großem Interesse Kenntnis genommen. Wenn wir auch nicht in allen Punkten mit Ihnen vollständig einig gehen, so möchten wir doch sagen, daß Ihre Vorschläge die besten Gedanken enthalten, die auf diesem Gebiet bisher geäußert worden sind.“

Der Wirtschaftsverband Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie in Wuppertal-Elberfeld forderte am 21. Oktober 1947 weitere 20 Denkschriften an mit der Bemerkung:

„Wir möchten das Memorandum zum Gegenstand einer Aussprache in unserem Ausschuß, der sich speziell mit Fragen wirtschaftspolitischer Art befaßt, machen.“

Die Vereinigung der pfälzischen Industrieverbände, Neustadt a. d. H., erbat zu ähnlichem Zweck die Ueberlassung von 50 Exemplaren der Denkschrift.

Etwa 160 Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbände haben in dieser oder ähnlicher Weise auf die Denkschrift reagiert und zum Teil auch Vorträge darüber im Rahmen ihrer Organisation gehalten.

### Wirtschaftskreise

Besonders stark wurde die Denkschrift in Wirtschaftskreisen beachtet. So schrieb Direktor Richard Neuburger von der Allgemeinen Bankgesellschaft, Stuttgart, am 20. Sept. 1947 u. a.:

„Wir haben den Wunsch, eine Reihe von Geschäftsfreunden auf die aufgeworfenen und klar gestellten Ideen

und ihrer Beantwortung aufmerksam zu machen und wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie mir 20 bis 25 Exemplare Ihrer Denkschrift an meine Bank-Adresse zugehen lassen könnten.“

Die Volksbank Kandel e. G. m. b. H. äußerte sich in ihrer Stellungnahme vom 5. Dez. 1947:

„Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei einer Neuordnung Kapital und Sachwerte gleichmäßig behandelt werden müssen um den Spargedanken zu erhalten und zu fördern.“

Die Volksbank Obermoschel, e. G. m. b. H., teilt am 27. Nov. 1947 mit:

„Wir tragen uns mit der Absicht, unserem gesamten Verwaltungsrat je ein Exemplar auszuhändigen. Wenn es daher möglich ist, wären wir Ihnen für eine Übersendung von 12—15 Stück sehr dankbar.“

Ähnliche Zuschriften erhielt der Freiwirtschaftsbund von etwa 120 Bankinstituten, darunter fast alle Großbanken.

Für die Stellungnahme der Landes-Zentralbanken ist das Schreiben des Ersten Direktors der Landeszentralbank für Hessen, Hauptstelle Kassel, vom 26. Sept. 1947 charakteristisch:

„Für die mir mit Schreiben vom 15. 9. 47 übermittelte Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“, die mein Interesse gefunden hat, danke ich verbindlich. Aus grundsätzlichen Erwägungen bin ich jedoch nicht in der Lage, Stellung zu nehmen.“ Eine Ausnahme davon machte lediglich Ministerpräsident a. D. Dr. Wilhelm Boden, der Präsident der Landeszentralbank für Rheinland-Pfalz, der am 31. 1. 1948 schrieb, daß er es für seine Pflicht halte, „an den gemeinsamen Zielen einer gesunden Neuordnung Deutschlands bestens mitzuarbeiten“.

Dr. Ing. A. Distler, Direktor der Hanauer Gummischuhfabrik A.G. schrieb am 18. Nov. 1947:

„In großen Zügen, oder noch besser gesagt, in fast allem, was Ihre Denkschrift enthält, bin ich Ihrer Ansicht, insbesondere was Ihre Darlegungen über die einzelnen Punkte anlangt und die Mittel, welche zur Abhilfe empfohlen werden ... Zweck meines Schreibens sollte nur sein, Sie in dem Bestreben zu stärken, alles, was Staat heißt, nach Möglichkeit zu beschneiden, damit endlich, und zwar in letzter Stunde, die Vernunft zu ihrem Recht kommt.“

D.-Ing. Friedrich Lichtenberger, Falkenstein-Tainus, äußert sich in seinem Schreiben vom 9. Nov. 1947 wie folgt:

„Ihre Ausführungen habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und möchte zunächst feststellen, daß ich Ihnen in den meisten Punkten zustimme. Vor allem Ihre Vorschläge zur Ablösung der Zwangswirtschaft — die im Grunde längst zusammengebrochen ist, was jedoch aus verschiedenen Gründen niemand zu gestehen wagt — und zum Übergang zum freien Markt leuchten mir sehr ein.“

Direktor C. Schwichtenberg von den Vereinigten Deutschen Metallwerken in Frankfurt/M.-Heddernheim schreibt am 9. Febr. 1948:

„Die Darlegungen sind einleuchtend und sehr gut abgefaßt. Sie haben mir geholfen, die Probleme klarer zu sehen, als das ohne eine solche systematische Einführung möglich ist. Die Denkschrift wird demnach allen, die nicht täglich mit derartigen Problemen zu tun haben, von größtem Nutzen sein. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam daran zu arbeiten, das Ziel der Denkschrift zu verwirklichen.“

Dr. Fr. A. Pinkerneil, Marburg/L., Vorsitzender der Vereinigung des Deutschen Nichtkohlenbergbaus, Vorsitzender der Vereinigung des Deutschen Metallbergbaus und 1. Stellv. Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Nichteisen-Metalle e.V. urteilt am 15. Dez. 1947:

„Das Programm verdient in jeder Hinsicht Beachtung, da es außerordentlich sauber durchgeführt ist und eine Konsequenz der wirtschaftlichen Gedankengänge aufweist, die man bei der Flut dilettantischer Programme, die auf uns heute einströmt, vermisst. Ich habe in meiner wirtschaftlichen und parlamentarischen Betätigung mich für die Grundgedanken, die auch Sie bewegen, eingestzt, und ich stelle mit Befriedigung fest, daß ich mit Ihnen in den meisten Punkten einig gehe. Ich wünsche Ihren Bestrebungen, die wirtschaftlich Denkenden in Deutschland aufzurütteln und zur Stellungnahme zu zwingen, vollen Erfolg. Wo ich diese Bestrebungen unterstützen kann, will ich gern zur Verfügung stehen.“

Direktor Erich Tetzner von der Kieler Spar- und Leihkasse, Städtische Sparkasse zu Kiel, äußert am 16. Oktober 1947:

„Ich danke Ihnen für Ihre Druckschrift, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Ohne mich in alle Einzelheiten festzulegen, begrüße ich Ihre Vorschläge und erkläre mich dazu bereit, an dem von Ihnen umrissenen Ziel mitzuarbeiten. Von Ihrem Angebot auf Lieferung weiterer Abdrucke der Druckschrift möchte ich sehr gern Gebrauch machen, um auch von mir aus für die mögliche Verbreitung Ihrer Vorschläge zu werben.“

Herr Ernst Danneberg, Berlin-Wannsee, betont in seinem Schreiben vom 12. Nov. 1947 u. a.:

„Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Ihre Vorschläge durch eine gesunde menschliche Vernunft entstanden sind und von dem Fundament einer anständigen Gesinnung getragen werden. Ich persönlich bin Ingenieur und Landwirt und als Industrieller in erster Linie auch Wirtschaftler. Ich liebe die Freiheit über alles und werde deshalb auch stets für eine freie Wirtschaft kämpfen; andererseits bekämpfe ich aber das Groß-Kapital, wenn es in Totalitarismus und Bürokratie ausartet. Beides verabscheue ich, denn es bedeutet Unfreiheit. ... Es ist ein deutscher Erbfehler, daß man sich über den Weg zum Ziel nicht einigen kann und daß man sich über den Weg solange streitet, bis die Zeit verpaßt ist. Ich gehe lieber einen schlechten Weg, um an mein Ziel zu kommen, als gar keinen, und den von Ihnen vorgeschlagenen Weg halte ich nicht für schlecht. Ich bin gern bereit, den Weg mit Ihnen zu gehen in der Hoffnung, ans Ziel zu gelangen, zu einem glücklicheren Deutschland, so glücklich, daß es in der Lage ist, zum Glücke der ganzen Welt seinen bescheidenen Beitrag zu leisten.“

Generaldirektor August Wilhelm Klages, Hannover, betont in seiner Zuschrift vom 19. Dez. 1947:

„Sie stellt eine umfassende Arbeit dar, die geeignet ist, das gesamte wirtschaftliche Problem für das „Neue Deutschland“ zu erfassen. Für alle uns bewegenden wirtschaftlichen Fragen sind in dieser Denkschrift Lösungen und Vorschläge gefunden, die den Anspruch darauf erheben dürfen, verwirklicht zu werden. Die Wege, welche die Denkschrift als gangbar bezeichnet, sind gangbar und führen zum Erfolg, wenn Einigkeit im Willen besteht, wenn nicht parteiliche Interessen ausschlaggebend sind. Diese Vorschläge müssen zu Grundlagen des notwendigen Handelns gemacht werden. Sie sind nach meinem Dafürhalten geradezu als vorbildlich anzusprechen und bringen endlich eine Klärung in das vielseitige Wollen vieler Autoren, die am gleichen Werk arbeiten. Mit dieser Stellungnahme gebe ich zu erkennen, daß ich mich für die umrissenen Ziele einer gesunden Neuordnung in Deutschland stark interessiere, und daß ich jederzeit bereit bin, an diesen gemeinsamen Zielen zu arbeiten.“

Herr Werner Klotz, Berlin-Tempelhof, teilte unter dem 5. Nov. 1947 mit:

„Sie zeigen einen Weg, der mir gangbar erscheint, wenn auch über die einzelnen Punkte noch erschöpfend Auskunft zu geben wäre. Es ist aber wenigstens ein An-

fang, der sich nicht in den ausgefahrenen Gleisen der gegenwärtigen Parteien bewegt und das ist zu begrüßen.“

Herr Dr. Wilhelm Koch, Owingen, nimmt am 22. Okt. 1947 zur Denkschrift folgendermaßen Stellung:

„Ich gehe ... mit Ihrer klaren, sachlichen und folgerichtigen Zielsetzung in der freien Wirtschaftsführung einig, die sich als feindurchdachter Niederschlag in den 9 Punkten der Denkschrift kristallisiert ... Ihre Initiative beim Alliierten Kontrollrat, der völkerrechtlich heute als Legislative von Deutschland gilt, ist daher nur zu begrüßen, ja sie stellt wohl die einzig mögliche Aussicht auf eventuelle Besserung und eine zukünftige Gesundung des deutschen Wirtschaftsproblems dar ... Ich bin auch gerne bereit, mich Ihnen zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, weil ich darin erst eine Ergänzung, ja die ausschlaggebende Verwirklichung des Problems freie Demokratie und freie Wirtschaft erblicke.“

Herr Hans von Rehberger, Düsseldorf-Lohausen, teilte am 17. Nov. 1947 mit:

„Es tut in der verworrenen Gegenwart äußerst wohl, zielsichere, klare Gedanken erkennen zu können, die sich mit der Wende des Geschehens zum Besseren befassen. Aus der ganzen Art Ihrer Darlegungen spricht unbedingt nicht nur der Wille, sondern auch das Vermögen zu einer Änderung der unbefriedigenden und untragbaren Zeitverhältnisse ... Besonders angenehm berührt mich Ihre Un- und Überparteilichkeit. Ohne solche könnte auf wirtschaftlichem Gebiete m. E. nichts erreicht werden. Sehr beifällig stimme ich Ihren Anregungen zur Steuervereinfachung und Wohnraumregelung zu.“

Herr Dr. Erich Schleußner, Wirtschaftsberater, Bayersoien, schreibt am 25. Nov. 1947:

„Ich habe Ihre Ausführungen aufmerksam studiert und möchte diese wegen ihres klaren wissenschaftlichen Inhaltes und der volkswirtschaftlich richtigen Thesen und Schlußfolgerungen gern einigen Kollegen zu Diskussionszwecken weiterleiten.“

#### Amt und Behörden

Landrat Bodensteiner in Neustadt a. d. Waldnaab, äußert sich zu der Denkschrift am 27. Sept. 1947:

„Zu Ihrem Schreiben vom 15. 9. 1947 darf ich feststellen, daß ich unter all den vielen Vorschlägen zur Bereinigung des gegenwärtigen Chaos keinen kenne, der mit solcher Vorsicht an die Dinge herangeht und der, ich möchte sagen, mit solchem Fingerspitzengefühl alles vermeidet, was irgendwie von schädigender Dauerwirkung sein könnte. Wenn irgendein Vorschlag die Gefahr, unüberschaubare Fernwirkungen zu verursachen, vermeidet, dann der Ihrige! In dem bischen Zeit, das einem Verwaltungsmann heute verbleibt, habe ich mir des Öfteren auch die Dinge überlegt und ich kam in der Frage der Währungsberreinigung im wesentlichen immer zu demselben Ergebnis wie Ihre Denkschrift. Es ist mir rätselhaft, was eigentlich die verantwortlichen Leute noch hindert, wenigstens diese Maßnahmen durchzuführen, welche Gefährdungen sie in dieser Hinsicht noch befürchten. Ich gestehe Ihnen ehrlich, daß ich jedes Vertrauen auf einen ehrlichen Willen, uns zu helfen, verloren habe.“

Herr Hugo Märklin vom Arbeitsamt Villingen betont in seiner Zuschrift vom 2. Nov. 1947:

„Über Ihre Denkschrift zu diskutieren erübrigt sich. Die Ursachen unserer derzeitigen Not liegen tatsächlich dort, wo Ihre Denkschrift sie gefunden hat. Es ist nur bedauerlich, daß die Parteien, angesichts der katastrophalen Lage, in der wir uns befinden, nicht zur Einsicht kommen und ihr Gezänk, das 1933 unterbrochen wurde, fortsetzen. Auf Grund meiner Tätigkeit als Abschnittsleiter beim Arbeitsamt Villingen und des dadurch bedingten Zusammentreffens mit Leuten aus allen Schichten der Bevölkerung kann ich Ihnen jedoch versichern, daß die

Massen allmählich einsehen, daß man mit den bisher angewendeten Methoden die Lage nicht ändern kann."

Herr Dr. Heinrich Schiebe, Stellvertretender Amtsleiter des Wirtschaftsamts Stuttgart, äußert sich in einer privaten Stellungnahme am 23. Sept. 1947:

"Ich habe die Denkschrift mit dem größten Interesse gelesen und begrüße es auf das lebhafteste, daß hier einmal ein erster Versuch gemacht wird, von einem wissenschaftlich fundierten Blickpunkt aus die unvermeidlichen Folgerungen aus der gegebenen Sachlage zu ziehen. Die auf die Lösung der zahlreichen Gegenwartsprobleme abzielenden Vorschläge der Denkschrift enthalten ohne Zweifel wertvolle konstruktive Elemente, die durchaus als brauchbare Ansätze für eine Überwindung des derzeitigen wirtschaftlichen Tiefstandes gelten können. Besonders beachtlich erscheint mir der Vorschlag, die finanzielle Bereinigung der Vergangenheit über ein aus dem Kriegsschädenamt zu bildendes Liquidationsamt abzuwickeln. Auch die mit dem Ziele einer schrittweisen Überwindung der Wohnungsnot verfolgten Pläne haben zweifellos sehr viel für sich und verdienen eine aufmerksame Prüfung. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Zweck dieser mit überzeugenden Ideen ausgestatteten Denkschrift mindestens insoweit erreicht wird, daß sie den Anstoß für die so dringend notwendige Neuorientierung unseres wirtschaftlichen Denkens gibt und dazu beiträgt, die maßgebenden Stellen der deutschen Wirtschaft über parteiideologische Zwecksetzungen hinaus zu einer klaren und raschen Entscheidung zu führen."

Oberregierungsrat Erich Dietrich, Lemgo/Lippe gab am 5. Nov. 1947 sein persönliches Urteil über die Denkschrift mit folgenden Sätzen bekannt:

"Diese neue Denkschrift zumal verdient größte Beachtung und Anerkennung der Gedanken. Ich habe Gelegenheit genommen, sie auch anderen Kreisen, insbesondere der Wirtschaft, zugänglich zu machen und habe dabei eine grundsätzliche Zustimmung, sowie in jedem Falle ein über das gewöhnliche Maß hinausgehendes Interesse festgestellt."

Der Vorsteher des Finanzamts Dortmund-Nord, Oberregierungsrat Bracht, schreibt am 13. Nov. 1947 kurz und bündig:

"Ich stimme Ihrer Auffassung und Ihren Vorschlägen zu."

Herr Dr. Otto Waldschmidt i. Fa. Süddeutsche Treuhand-Gesellschaft A. G., München, schreibt am 22. Okt. 1947:

"Während die zahlreichen Denkschriften des „Verbands für ...“, seien es nun Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften, nord- oder süddeutsche Maschinenbauanstalten etc., etc., immer sehr stark ihre Branche im Auge haben, versuchen Sie der Sache allgemein beizukommen und packen sie vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt an."

Der Polizeipräsident in Kassel, Schöny, schrieb am 22. Sept. 1947:

"Die verschärften wirtschaftlich-sozialen und die moralischen Verhältnisse in Deutschland machen es dringend erforderlich, möglichst bald eine endgültige Lösung zu finden und den jetzigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Deshalb ist es besonders begrüßenswert, daß Sie sich im Freiwirtschaftsbund mit Tatkraft für eine Lösung, die die deutsche Wirtschaft aus der Unordnung herausführen soll, einsetzen und Vorbereitungen für eine grundsätzliche Neugestaltung der Verhältnisse zu treffen versuchen, um für alle Bevölkerungsschichten einen gerechten Ausgleich der schwebenden Fragen zu schaffen. Ich wünsche Ihren Bemühungen, an der Gestaltung der künftigen deutschen Wirtschaftsordnung teilzuhaben, im Rahmen des jetzt Möglichen einen vollen Erfolg."

Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel betont in einem Schreiben vom 22. Sept. 1947:

"Ihre Denkschrift über die wirtschaftliche Neuordnung habe ich eingehend studiert. Die darin angeschnittenen Fragen und die vorgeschlagenen Maßnahmen sind für den wirtschaftlichen Aufbau unseres zerstörten Landes von grundlegender und weittragender Bedeutung. Ich bewundere die Klarheit der Denkschrift und bin mit Ihnen der Meinung, daß unser Land aus den derzeitigen Schwierigkeiten nur durch eine baldige Reform unseres Geldwesens herauskommt."

### Wissenschaft

In wissenschaftlichen Kreisen sind die Vorschläge der Denkschrift ebenfalls stark beachtet worden. In den Hochschulen und Studentenvereinigungen in Hannover, Mainz, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim haben theoretische Auseinandersetzungen über den Gegenstand stattgefunden.

Professor Dr. R. Grammel, Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart, schrieb am 24. Okt. 1947:

"Ich habe sie mit großem Interesse durchgelesen und glaube, daß sie eine wertvolle Grundlage für eine weitere Diskussion ist. Über Einzelheiten werden die Meinungen wohl durchaus geteilt sein; im ganzen stellt Ihre Denkschrift aber einen ersten Versuch dar, sich mit den größten Problemen der Gegenwart auseinanderzusetzen."

Herr Dr. W. Seelmann-Eggebert vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Tübingen äußerte sich am 13. Dez. 1947:

"Wir haben Ihre Denkschrift im Institut umlaufen lassen und einige Herren haben sich sehr dafür interessiert gezeigt. Wie zu erwarten war, ist die Ansicht und Stellungnahme zu Ihrer Denkschrift sehr verschieden. Ich persönlich freue mich, daß endlich auch von seiten der Vertreter einer freien Wirtschaft eine Organisation zur Förderung dieser Ideen gegründet worden ist."

Professor Dr. A. Friedrich Lenz vom Institut für Wirtschaftswissenschaft der Universität Berlin teilte am 6. Dez. 1947 mit:

"Ich werde die Denkschrift in einer meiner Übungen referieren lassen und zur Diskussion stellen. Sie würden das Institut für Volkswirtschaft und Statistik zu Dank verpflichten, falls Sie ihm bei Gelegenheit weitere Publikationen zugänglich machen wollten."

Der Dozent der Wirtschaftshochschule Mannheim Dr. Hans Meltzer erklärt in seiner Zuschrift vom 13. Dez. 1947:

"Wenn ich auch nicht mit allen Einzelheiten übereinstimme, so bin ich doch der Auffassung, daß im großen Rahmen Ihre Vorschläge einen wertvollen Beitrag zum Wiederaufbau unserer zerstörten und verzerrten Wirtschaft liefern."

Herr Professor Dr. Dr. Otto Stählin, Erlangen, urteilt am 2. Nov. 1947:

"Zweierlei zeichnet Ihre Denkschrift vor vielen anderen Abhandlungen zur Lage Deutschlands aus, einmal, daß sie so klar und rückhaltlos unsere wirklichen Verhältnisse zeichnet, und zweitens, daß sie sich nicht mit kleinen Besserungsvorschlägen begnügt sondern tief einschneidende und der Größe unserer Not entsprechende und deswegen für die einzelnen harte Maßnahmen vorsieht."

Professor Dr. Erich Molitor, Mainz, schreibt am 29. Nov. 1947:

"Für die übersandte Denkschrift sage ich besten Dank. Das in ihr verfolgte Ziel halte auch ich für wünschenswert. Ich möchte aber glauben, daß die Durchführung im einzelnen und die dabei zu erzielende Wirkung stark von den sozialen Ausgleichsvorschriften abhängen wird."



deren Einfügung ich für unerlässlich erachte wie ja auch Sie selbst in den Vorbemerkungen unter 3 hervorheben."

Der Direktor des Seminars für Volkswirtschaftslehre, Braunschweig, Professor Dr. W. Gehlhoff, teilte am 19. April 1948 mit:

"Die Denkschrift hat mein lebhaftes Interesse geweckt und mir wertvolle Anregungen gegeben. Ich habe die Absicht, die Denkschrift in meinen seminaristischen Übungen zum Gegenstand von Referaten und Besprechungen zu machen."

In einer Reihe weiterer Seminare und Institute von Hochschulen ist die Denkschrift Gegenstand von Übungen gewesen. Professor Dr. Nöll von der Nahe hat an der Universität Mainz im März 1948 die Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ als Examensarbeit für Diplomvolkswirte benutzt.

### Verhandlungen zur Durchführung

Für die Durchführung der Vorschläge der Denkschrift wurden Konferenzen abgehalten und Verhandlungen geführt. So fanden u. a. in Bad Kreuznach, Hanau, Gießen und Stuttgart Konferenzen statt, zu denen vom Freiwirtschaftsbund die Ministerien, Abgeordneten, Behördenvertreter, Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände eingeladen waren. In der Hanauer Konferenz wurde Übereinstimmung erzielt, und nachträglich hat sich auch der Oberbürgermeister von Hanau zu den Forderungen der Denkschrift bekannt. Nach der Konferenz in Gießen wurde folgende Resolution angenommen:

*Die äußerst kritische Lage der deutschen Wirtschaft duldet keinen weiteren Aufschub für eine grundsätzliche wirtschaftliche Neuordnung, insbesondere eine zielsichere Währungsbereinigung und Finanzordnung.*

*Die Versammelten sehen in den Vorschlägen des Freiwirtschaftsbundes, wie sie in dessen Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ niedergelegt sind, einen gangbaren und erfolgversprechenden Weg zu einer freien, rationell arbeitenden Wirtschaft, ohne schwerfällige, unproduktive bürokratische Fesseln, mit sicheren Kalkulationsgrundlagen, einer wirtschaftlichen Nutzung aller vorhandenen Kräfte und Mittel und damit zu einer stetig steigenden Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und zu einem friedlichen Zusammenleben mit der Welt.*

*Ferner sehen sie in den Vorschlägen die Möglichkeit eines gerechten Lastenausgleiches, einer gründlichen Finanzreform und einer endgültigen finanziellen und wirtschaftlichen Liquidation der Vergangenheit.*

*Die Hessische Staatsregierung, der Zweizonenwirtschaftsrat und dessen Sonderstelle Geld und Kredit werden aufgefordert, unverzüglich die Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ und deren umfassende Vorschläge eingehend zu prüfen und mit Vertretern des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes zu beraten.*

*Die Versammelten erwarten als Ergebnis dieser Prüfung einen baldigen Antrag zur Durchführung einer entsprechenden wirtschaftlichen Neuordnung an die Amerikanische Militärregierung für Deutschland und an den Alliierten Kontrollrat.*

Zur Stuttgarter Konferenz im Furtbachhaus am 9. Januar 1948 waren Vertreter von allen Ministerien, Behörden, Parteien und Verbänden erschienen. Die Konferenz war von 1250 Teilnehmern besucht. In der Aussprache haben sich vor allem die Landtagsabgeordneten Ministerialrat Dr. Adolf Scheffbuch und Dr. Haering, beide von der CDU entschieden für die dort gefaßte Resolution und die Durchführung der Vorschläge des Freiwirtschaftsbundes eingesetzt. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

*1. Die Versammelten sehen in den Vorschlägen des Freiwirtschaftsbundes, wie sie in der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ niedergelegt sind, insbesondere*

*in der vorgeschlagenen Währungs- und Finanzordnung, einen gangbaren Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Überwindung der Vergangenheit, zu einem gerechten Lastenausgleich und zum Aufbau einer gesunden Wirtschaft ohne bürokratischen Zwang mit persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.*

*2. Die Versammelten fordern die Württemberg-Badische Regierung, den Württemberg-Badischen Landtag, den Zweizonenwirtschaftsrat und dessen Sonderstelle „Geld und Kredit“ auf, unverzüglich die Denkschrift und deren umfassende Vorschläge zu prüfen und mit Vertretern des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes zu beraten.*

*3. Die Versammelten erwarten als Ergebnis dieser Prüfung einen baldigen Antrag zur Durchführung einer entsprechenden wirtschaftlichen Neuordnung an die Amerikanische Militärregierung für Deutschland und an den Alliierten Kontrollrat.*

Der württemberg-badische Wirtschaftsminister Dr. Veit teilte am 1. März 1948 mit:

„Ihre Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ enthält beachtliche Erkenntnisse und dankenswerte Anregungen zum Problem der Währungsreform und seinen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen. Das Problem der Währungsreform und die mit ihr zusammenhängenden Fragen werden durch bizonale Fachkommissionen vorbereitet, denen, wie ich unterstelle, Ihre Denkschrift zugegangen ist. Die Wirtschaftsverwaltungen sind trotz dahingehender Vorstellungen bis jetzt nicht zur Beratung hinzugezogen worden, so daß mir eine unmittelbare Einflußnahme nicht möglich ist.“

Der Finanzminister der Regierung Württemberg-Baden, Dr. Köhler, äußerte sich am 25. Mai 1948:

„Die Denkschrift und die Entschließung des Freiwirtschaftsbundes zur wirtschaftlichen Neuordnung sind hier eingehend geprüft worden. Ihre Vorschläge stimmen, insbesondere soweit sie einen gerechten Lastenausgleich und einen Abbau der Zwangswirtschaft anstreben, weitgehend mit den von der Regierung verfolgten Zielen überein.“

Bereits gelegentlich des Warenmarktplans hat sich der Regierungspräsident von Wiesbaden, vertreten durch Regierungsdirektor Dr. Brinkmann, für die Verwirklichung jener Zwischenlösung nach einer Sachverständigenkonferenz, zu der auch Vertreter des Bundes geladen waren, eingesetzt. Zu der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ schrieb der Regierungspräsident von Wiesbaden, Nieschalke, am 28. Sept. 1947:

„Für die mir freundlichst übersandte Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ spreche ich Ihnen meinen besonderen Dank aus. Ich habe die Denkschrift mit größtem Interesse gelesen. Die in der Denkschrift gemachten Vorschläge sind es wert, von den zuständigen Stellen mit allem Ernst geprüft zu werden. In knapper, sachgemäßer Form stellt die Denkschrift die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage dar und versucht, Wege aufzuzeigen, um zu einer allmählichen Gesundung der Finanz- und Wirtschaftslage zu kommen. Es dürfte Ihnen gewiß auch völlig klar sein, daß in den heutigen Zeitverhältnissen die allmähliche Anbahnung einer Gesundung außerordentlich schwierig ist, da bei dem Vorhandensein verschiedener Kompetenzen die Einheitlichkeit fehlt und dadurch die Entscheidung schwierig wird. Immerhin muß ich die Klarheit der Sachdarstellung in Ihrer Denkschrift rühmen und jede Initiative begrüßen, die darauf hinzielt, geeignete und beachtenswerte Vorschläge auf diesem Gebiet zu machen, damit endlich die verschiedenen zuständigen Stellen sich zu einem Entschluß aufrufen. Da ich beabsichtige, den Inhalt Ihrer Denkschrift verschiedenen Interessenten und Sachkennern zuzuleiten, bitte ich, mir wenn möglich 30 weitere Exemplare Ihrer Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ zugänglich zu machen.“

Durch Sachverständige ließ der Regierungspräsident die Denkschrift prüfen. In der Zwischenzeit ist dort auch die oben angeführte Gießener Resolution eingelaufen, woraufhin Regierungspräsident Nieschaika an den Kreisverband Gießen des Freiwirtschaftsbundes am 20. Januar 1948 mitteilte: „daß mein Sachbearbeiter über Ihre Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ eine ganze Reihe von Urteilen und Gutachten von Sachverständigen eingeholt und das gesamte Material mit eigener Stellungnahme dem für diese Angelegenheit zuständigen Herrn Finanzminister Dr. Hilpert persönlich vorgelegt hat.“

Auf die Rückfrage des Bundesvorstandes des Freiwirtschaftsbundes übermittelte Regierungsdirekt. Dr. Brinkmann uns für den Regierungspräsidenten die Unterlagen für das, was von dort aus in der Sache geschehen war. In dem Schreiben vom 12. Dez. 1947 heißt es:

„Aus all diesen Unterlagen mögen Sie entnehmen, daß von mir aus alles in die Wege geleitet wurde, um den zuständigen Stellen Ihre Gedankengänge zugänglich zu machen. Hoffentlich kommt bei der Sache nun endlich eine vernünftige Lösung und recht bald eine praktische Entscheidung der hierfür zuständigen Stellen heraus, damit es nicht nur bei Vorschlägen und Entschlüssen verbleibt.“

Der hessische Finanzminister Dr. Hilpert schrieb bereits am 21. Nov. 1947 an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden:

„Ich bestätige Ihr Schreiben vom 23. 10. 47 pp mit der Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes und den Äußerungen verschiedener Sachverständiger zu den in der Denk-

schrift behandelten Fragen, die bereits in meiner Abteilung Bankenaufsicht behandelt wurde, da der Freiwirtschaftsbund die Denkschrift mir auch direkt eingereicht hatte. Ich habe sie mit einer Empfehlung dem Zweizonenwirtschaftsrat weitergereicht. Sollte es erforderlich sein, auf Einzelfragen noch zurückzukommen, erhalten Sie von mir weitere Nachricht.“

Der Regierungspräsident und der hessische Finanzminister Dr. Hilpert haben sich also darum bemüht, den Denkschrift das erforderliche Gehör zu verschaffen. Bereits am 22. Oktober 1947 ließ der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft (damals noch Dr. Semler) folgendes mitteilen: „Herr Dr. Semler hat von Ihren Ausführungen mit Interesse Kenntnis genommen und wird sie zum Gegenstand von Besprechungen mit den maßgebenden Herren in der Verwaltung für Wirtschaft machen.“

Bei den Mitgliedern des Zweizonenwirtschaftsrats in der Sonderstelle „Geld und Kredit“ sowie in der Verwaltung für Wirtschaft ist dann auch die Denkschrift bei den Beratungen bis in die letzten Tage vor dem 20. Juni herangezogen worden. Die Entscheidung der Militärregierungen hat dann allerdings nur zu einem geringen Teil den Forderungen entsprochen, die der Freiwirtschaftsbund in seiner Denkschrift gestellt hat.

\*

Die Ergebnisse des 20. Juni zwingen nach diesem Sachverhalt mit um so größerer Entschiedenheit, für die Durchführung der Vorschläge des Freiwirtschaftsbundes über die Grenzen der Parteien und Interessengruppen hinweg einzutreten.

## SCHRIFTEN DES FREIWIRTSCHAFTSBUNDES

### Die Warenmark als Brücke zur Währungsordnung

Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes - Januar 1947 - DIN A 4 - 8 Seiten - DM 1.50

### Wirtschaftliche Neuordnung

Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes - August 1948 - DIN A 4 - 16 Seiten - DM 1.60

### Indexwährung im Marshall-Plan

Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes (deutsch und englisch) Mai 1942 - DIN A 4 - 8 Seiten - DM 1.50

### Ruf zur Freiheit

Flugschriften des Freiwirtschaftsbundes, je 0,20 DM

Nr. 1 Unserer Jugend eine freie Zukunft (Prof. Dr. Paul Diehl)\* - Nr. 2 Bodenreform - aber gründlich (Georg Bäurle)\* - Nr. 3-4 Währungsvereinigung und Finanzordnung (Paul Jansohn)\* - Nr. 5 Währungsordnung - aber richtig! (Georg Bäurle) - Nr. 6 Planwirtschaft - die Sklaverei des 20. Jahrhunderts (Prof. Dr. Paul Diehl) - Nr. 7 Aufbruch zur Freiheit (Otto Lautenbach) - \*) vergriffen

### Freiwirtschaftliche Post

Mitteilungsblatt des Freiwirtschaftsbundes  
erscheint zweimal im Monat - vierteljährlich DM 1.- zuzüglich Versandkosten

## FREIWIRTSCHAFTSBUND

Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft  
Heidelberg-Ziegelhausen, Hauptstraße 6, Rufnummer 3081 - Postscheckkonto Stuttgart 9907 - Girokonto 110 Kreissparkasse Ludwigsburg

Herausgeber: Freiwirtschaftsbund, Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft / Sachbearbeiter: Otto Lautenbach, Heidelberg, geb. 30. 9. 1903 in Kaiserslautern; Oberrealschule Kaiserslautern; Studium der Volkswirtschaftslehre; seit 1925 Herausgeber der FZ Freiwirtschaftliche Zeitung; Inhaber des Otto Lautenbach-Verlags und Herausgeber der Zeitschrift „Schule der Freiheit“ bis 1943; seit 1945 Präsidialmitglied des Bundesvorstandes des Freiwirtschaftsbundes. / Veröffentlicht 1948 unter der Lizenz Nr. 17 (Kurt Sellin) des Freiheit-Verlages Heidelberg / Verlagsnummer 33/21 / Gedruckt bei Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei in Heidelberg. / Auflage 8.000.



**ERNST WINKLER / ALEXANDER RUSTOW / WERNER SCHMID  
OTTO LAUTENBACH**

**Magna Charta  
der  
sozialen  
Marktwirtschaft**

**Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes  
am 9. und 10. November 1951 in Heidelberg gehalten wurden  
(Wiedergabe nach der Dimafon-Aufnahme)**

**VITA-VERLAG / HEIDELBERG - ZIEGELHAUSEN**

**ERNST WINKLER · FRANZ BOHM · FRITZ HELLWIG  
WOLFGANG FRICKHOFFER · GEORG STRICKRODT  
OTTO LAUTENBACH**

**DAS  
PROGRAMM  
DER  
FREIHEIT**

**Wortlaut der Vorträge, die auf dem  
Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952  
in Heidelberg gehalten wurden**

**VITA-VERLAG BAD NAUHEIM**

HERAUSGEGEBEN VON FRIEDRICH SALZMANN

OTTO LAUTENBACH + · FRIEDRICH SALZMANN  
WERNER SCHMID · FRITZ SCHWARZ · DIETHER VOGEL  
HEINZ-HARTMUT VOGEL · LOTHAR VOGEL  
ERNST WINKLER

Beiträge zur Situation  
der menschlichen Gesellschaft



IM VERLAG DER DRUCKEREI NEUMEISTER · KASSEL



AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT  
TAGUNGSPROTOKOLL NR. 24

WILHELM RÖPKE · L. ALBERT HAHN  
WOLFGANG FRICKHÖFFER · DOLF STERNBERGER  
FRANZ BOHM · LUDWIG ERHARD · WILLY LINDER  
ALWIN MUNCHMEYER

# Was müssen wir für die freie Welt tun?

MARTIN HOCH ⊗ LUDWIGSBURG